

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv

(früher Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hanfa 2447—51

Nr. 39

Hamburg, den 26. September 1919.

4. Jahrg.

Inhalt:

Zur Lage der deutschen Zementindustrie	Seite 725
Japan und die neue Gesellschaft	" 727
Länder-Berichte:	
Schweiz	" 729
Belgien	" 731
Spanien	" 732

Weltwirtschaftliche Übersichten:	
Geld und Kapital	Seite 734
Schifffahrt und Schiffbau	" 736
Getreide und Futtermittel	" 738
Vermischtes	" 740
Wichtige Neueingänge	" 740

Zur Lage der deutschen Zementindustrie

Die vitalen Interessen der deutschen Zementindustrie werden, wie diejenigen der deutschen Industrie überhaupt, bestimmend berührt von der Kohlenfrage. Neben der Kohlenfrage besteht, durch diese veranlaßt, die Transportfrage. Diese beiden Faktoren bestimmen die Produktionsmöglichkeit. Etwa die Hälfte der deutschen Zementwerke liegt still, weil die Werke nicht mit Köhlen versorgt werden können. Bis zum 1. September d. J. betrug das Kohlenkontingent der deutschen Zementindustrie monatlich 150 000 Tonnen. Dieses Kontingent ist aber niemals voll geliefert worden. Im Durchschnitt geliefert wurden etwa 40 Prozent des Kontingents, im günstigsten Falle seit der Revolution 90 000 Tonnen im Monat Juli. Herangeschafft wurden die Kohlen teils auf dem Wasserwege, teils mit der Eisenbahn auf dem Landwege. Diejenigen Werke, die über Wasserstraßenanschluß verfügen, sind gegenüber den Werken, die auf die Eisenbahn angewiesen sind, im Vorteil, da sie mit einigermaßen gleichmäßiger Belieferung rechnen können. Dies ist von großer Bedeutung für die Arbeitsmöglichkeit der Zementwerke. Gleichmäßige Belieferung mit geeigneter Kohle ermöglicht rationelles Arbeiten und verbürgt die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens.

Die einzelnen Werke der Zementindustrie gebrauchen nämlich je nach ihrer Fabrikationsmethode besondere Sorten Kohle. Sie gebrauchen einmal die Brennkohle zum Brennen der Klinker. Klinker nennt man das Rohfabrikat der Zementindustrie, aus dem durch Weiterverarbeiten der gebrauchsfähige Zement entsteht. Werke, die mit Schachtöfen ausgerüstet sind, können Koksgruß, Kohlengruß usw. verwerten; Werke, die mit Drehrohröfen ausgerüstet sind, beanspruchen zum Brennen hochwertige Kohle. Neben der Brennkohle ist Betriebskohle nötig zur Gewinnung der Maschinenkraft für die Aufbereitung der Rohstoffe zum brennfähigen Rohmehl und bei der Weiterverarbeitung der Klinker. Die Werke klagen nun darüber, daß die Kohle stockend geliefert wird, so daß der Betrieb von Zeit zu Zeit gedrosselt werden muß, wodurch er unwirtschaftlich wird. Die Werke klagen ferner darüber, daß anstelle der verlangten eine ungeeignete oder

statt beider Sorten Kohle nur eine geliefert wird. Das eine Mal bleibt die Brennkohle aus, dann wieder die Betriebskohle. Hat ein Werk nun große Mengen fertiger Klinker auf Lager, so können allerdings diese aufgearbeitet werden. Ein Stillstand tritt erst ein, wenn die Klinkerlager geräumt sind. Trifft dagegen nur Brennkohle ein, dann muß der ganze Betrieb ruhen, da ohne Maschinenkraft weder das Rohmehl gewonnen, noch die Klinker verarbeitet werden können.

Unter diesen Umständen tritt dann zeitweise die Möglichkeit ein, daß die Fabrikation und der Abtransport des fertigen Zements überstürzt werden. Um ein hochwertiges Fabrikat zu erzielen, ist es aber unbedingt erforderlich, daß Klinker sowohl wie der fertige Zement eine gewisse Lagerung durchmachen; im anderen Falle leidet, wie angedeutet, die Qualität, und es können später an den Bauten schwerwiegende Schäden, wie Risse und dergleichen, auftreten. Rationelles Arbeiten und wirtschaftliche Ausnützung der gelieferten Kohle ist unter diesen Umständen nicht möglich. Der Kohleverbrauch ist höher als unter normalen Verhältnissen. Zu der Kohlenknappheit kommt also in der Zementindustrie die stockende Zufuhr infolge der Transport-schwierigkeiten und die Anlieferung ungeeigneter Kohle, Momente, die ungünstig auf die Produktion und die Wirtschaftlichkeit einwirken. Feste Arbeitspläne und Versanddispositionen werden unmöglich gemacht.

Vom 1. September d. J. ab ist das Kohlenkontingent von 150 000 Tonnen auf 75 000 Tonnen herabgesetzt worden. Werden von diesem Kontingent wiederum nur 40 % geliefert, wie das bei dem alten Kontingent der Fall war, dann sind die Aussichten für die Zementindustrie äußerst trübe. Weitere Stilllegungen werden sich nicht vermeiden lassen. Es handelt sich dabei um ein schwer zu lösendes Problem. Die Ansichten innerhalb der maßgebenden Kreise, der Industrie, der Verbände und der Regierungsorgane, gehen hier sicherlich auseinander. Innerhalb der Industrie vertritt man wohl zum überwiegenden Teile die Ansicht, daß bei der Entwicklung der Dinge jeder behördliche Zwang zu vermeiden sei, daß die

natürliche Entwicklung dahin führe, daß bei einem immer mehr zusammenschrumpfenden Kohlenbezug diejenigen Werke ohne Zwang zum Stilliegen kommen, die vermöge aller inneren und äußeren Vorbedingungen dafür im vorhinein in Betracht kommen. Man dürfe ferner durch Zwangsmaßnahmen das Fusionsbestreben nicht stören, das entstanden ist aus dem Fehlen an Betriebsmitteln, aus der Unmöglichkeit einer rationellen Ausnutzung der Betriebe. Gerade durch die Fusionen würde erreicht, daß die modern eingerichteten, großen, leistungsfähigen Betriebe durch Übernahme älterer, weniger leistungsfähiger Fabriken und deren Arbeiterschaft ihre eigene Erzeugung steigern und damit eine größere Wirtschaftlichkeit in der Betriebsführung erreichen könnten. Auf der anderen Seite verweist man darauf, daß mit dem Verbot der Neugründungen und des Baues neuer Zementfabriken bereits der Weg des Zwanges beschritten und daß auch bei den Stilllegungen ein gewisser Zwang kaum auszuschalten sei, um größtmögliche Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Kohlenmenge zu erzielen und möglichst an Transportkraft zu sparen. Es ist hier nicht der Platz, zu entscheiden und zu untersuchen, welche von den beiden Ansichten die richtige ist. Auch noch andere Fragen sprechen hier mit, wie die der Arbeitsbeschaffung und der Verhütung der Arbeitslosigkeit.

Bei den geschilderten Schwierigkeiten ist es verständlich, daß die Produktion nicht im entferntesten ausreicht, den Bedarf an Zement zu decken. Im Frieden rechnete die Zementindustrie bei der Produktion mit einem Kohlenverbrauch von 50 %, in einer Zeit also, in der man sich noch auf die Qualität der Kohle verlassen konnte und allerdings auch nur dann, wenn der Betrieb rationell geführt wurde. Beides ist bekanntlich heute nicht mehr der Fall und so ist von vornherein der Kohlenverbrauch höher als im Frieden. So viel ich unterrichtet bin, rechnet man gegenwärtig 60 bis 65 Prozent. Mit der ab 1. September zur Verfügung stehenden Kohlenmenge von 75 000 Tonnen könnte man im günstigsten Falle, wenn man eine Basis von 50 % annimmt, 150 000 Tonnen Zement erzeugen. Aber selbst diese 150 000 Tonnen Zement stellen nur einen geringen Prozentsatz der angeforderten Menge dar, die sich in den letzten Monaten ständig stark erhöht hat. Nachstehend eine Übersicht über die Anforderungen der Verbraucher:

Mai: 700 000 Tonnen, Juni: 650 000 Tonnen, Juli: 818 000 Tonnen, August: 880 000 Tonnen, September: 994 000 Tonnen.

Von der gegenwärtig angeforderten Menge von rund 1 Million Tonnen können also im günstigsten Falle 150 000 Tonnen geliefert werden. Die Produktion ruft auf die drei im Deutschen Zementbunde vereinigten Zementverbände, den Norddeutschen, den Rheinisch-Westfälischen und den Süddeutschen in der Weise verteilt, daß auf den Norddeutschen Zementverband etwa die Hälfte der Produktion entfällt, auf die beiden übrigen Verbände je ein Viertel. Erhöht sich die Produktion, dann sind die drei Verbände an dieser erhöhten Produktion prozentualer beteiligt.

Bei dem im Verhältnis zur Produktion ungeheuren und ständig stark steigenden Bedarf an Zement spielt eine sorgfältige Verteilung der zur Verfügung stehenden Menge eine außerordentlich wichtige Rolle. Man hat für die Verteilung einen besonderen umfangreichen Apparat eingerichtet. Die einzelnen Verbände haben Verkaufsstellen eingerichtet, bei denen der Bedarf angemeldet werden muß. Die Verkaufsstellen melden den angegebenen Bedarf ihrem Verbande, die Verbände die gesamte aufgegebene Menge dem Deutschen Zementbunde. (Über die Organisation der deutschen Zement-

industrie s. Nr. 12 des „Wirtschaftsdienstes“ vom 21. März 1919: Die Entwicklung und Lage der westdeutschen Zementindustrie.) In jedem Monat findet nun eine Sitzung der Zementverteilungsstelle des Deutschen Zementbundes statt, in der folgende Behörden und Organisationen vertreten sind: Reichskohlenkommissar, Staatskommissar für das Wohnungswesen, Reichswirtschaftsministerium, Reichsfinanzministerium, Kriegsministerium, die verschiedenen Bundesstaaten, die Reichsstelle für Zement, die Zementverbände, die beiden Zementwarenenverbände, der Zentralverband der deutschen Zement- und Kunststeinfabrikanten, der Betonwirtschaftsverband, Zementhändlerbund u. a. In der Sitzung wird nach einem Bericht der Verteilungsstelle über den Versand im abgelaufenen Monat und nach einer Mitteilung des Kohlenkommissars über den Stand der Kohlenversorgung und darüber, in welcher Höhe das Kohlenkontingent voraussichtlich beliefert werden kann, die Produktion festgestellt, das heißt in Einklang gebracht mit der Kohlenversorgung. Für den Monat September wurde auf Grund der Zusage des Kohlenkommissars die Produktion auf 100 000 Tonnen angenommen. Von der Produktion erhält jedes Gebiet der Verbraucher seinen bestimmten Anteil. Dazu sind die Verbraucher in zwei Klassen eingeteilt, über die nachfolgende Tabelle Auskunft gibt:

I. Klasse: a) Bergbau, b) Kleinwohnungsbau, c) Wasserbau, d) Eisenbahnbau.

II. Klasse: a) sonstige Staatsbauten, b) Provinzial- und Kommunalbauten, c) Industriebauten, d) Zementwarenfabriken, e) Kleinhandel, f) Landwirtschaft.

Die Klasse I wird mit 60 Prozent, die Klasse II mit 40 Prozent der vorhandenen Bestände, bzw. der Produktion beliefert. Nach einem bestimmten Schlüssel erhält jedes Gebiet der zwei Klassen eine Quote. Für Kleinwohnungsbauten, Provinzial- und Kommunalbauten, Industriebauten sind Dringlichkeitsbescheinigungen erforderlich. Für besonders dringliche Fälle sind Ausnahmen bei der Verteilung und besondere Belieferung zulässig.

Besondere Arbeiterschwierigkeiten bestehen gegenwärtig in der Zementindustrie nicht, jedoch können die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte bei den stark eingeschränkten Produktionsmöglichkeiten nicht voll ausgenutzt werden.

Die Preise stehen zurzeit in Einklang mit den Produktionskosten, nachdem erst kürzlich eine Preiserhöhung stattgefunden hat. Über die Preisbewegung seit der Revolution gibt nachstehende Tabelle Auskunft:

A) Für Lieferungen an die Heeresverwaltung zu Bauten an der Front und an die Staatsbauverwaltungen für Staatsbauten im Gebiete sämtlicher deutscher Zementverbände:

Seit dem	1. Oktober 1918:	735 M.
"	" 1. April 1919:	885 "
"	" 1. Mai "	1135 "
"	" 15. Juni "	1165 "
"	" 1. August "	1465 "

B) Für Lieferungen an die sonstigen Zementabnehmer:
1. im Gebiete des Norddeutschen Zementverbandes:

Seit dem	1. Oktober 1918:	805 M.
"	" 1. April 1919:	955 "
"	" 1. Mai "	1205 "
"	" 15. Juni "	1235 "
"	" 1. August "	1535 "

2. im Gebiete des Rheinisch-Westfälischen Zementverbandes einschl. der Verkaufsvereinigung Rheinischer Hochofenzementwerke:

Seit dem	1. Oktober 1918:	760 M.
"	" 1. April 1919:	910 "
"	" 1. Mai "	1160 "
"	" 15. Juni "	1190 "
"	" 1. August "	1510 "

3. im Gebiete des Süddeutschen Zementverbandes:

Seit dem	1. Oktober 1918:	805 M.
" "	1. April 1919:	955 "
" "	1. Mai "	1205 "
" "	15. Juni "	1235 "
" "	1. August "	1535 "

Die Preise sind Höchstpreise, die durch den Reichskommissar für Zement festgesetzt werden. Nach dem 1. Juli 1919 eingetretene Preiserhöhungen für Kohle werden mit 65 v. H. des Preises für 10 000 kg Kohle den Zementpreisen zugeschlagen. Die Zementverbände setzen für ihre Privatkundschaft in den einzelnen Verkaufsstellen Stationsfrankopreise fest.

Zu dem Zwecke der Heranziehung der deutschen Zementindustrie zu Lieferungen für den Wiederaufbau in Nordfrankreich haben in Versailles längere eingehende Verhandlungen stattgefunden, die von deutscher Seite von

dem Leiter des Deutschen Zementbundes, Baurat Riepert, geführt wurden. Die deutschen Unterhändler sind dabei von dem Bestreben ausgegangen, daß die zur Erzeugung des für Wiederaufbauzwecke nötigen Zementes erforderlichen Kohlen der deutschen Zementindustrie aus den nach den Bedingungen des Friedensvertrages an Frankreich zu liefernden Kohlen gestellt werden, um auf diese Weise zu erreichen, daß Zement für die Wiederaufbauarbeiten geliefert werden kann, ohne daß eine weitere Kürzung des deutschen Bedarfs an Zement einzutreten braucht. Inzwischen sind die deutschen Unterhändler zurückgekehrt, ohne daß die Verhandlungen bisher zu einem Ergebnis geführt hätten. Die Verhandlungen werden demnächst von dem deutschen Staatskommissar für den Wiederaufbau erneut aufgenommen werden.

Hanns Glebsattel

Japan und die neue Gesellschaft

Wir haben wiederholt in früheren Beiträgen auf die tiefgreifenden Wirkungen in sozialer und politischer Hinsicht aufmerksam gemacht, die auch in Japan durch das gewaltige Steigen der Kosten der Lebenshaltung und die Auswüchse niedriger Gewinnsucht im Laufe des Krieges hervorgerufen worden sind. Die drastische Entwicklung der Kriegszeit hat viel dazu beigetragen, auch das japanische Individuum stärker aus dem „Gruppendasein der Vergangenheit“ loszulösen, es selbständiger zu machen. Westliche Denk- und Empfindungsweise verbreiten sich zugleich mit den in sozialer Hinsicht zum Teil zweifelhaften Errungenschaften europäisch-amerikanischer Technik und Wirtschaft, und schließlich machen selbst bei einem Volke mit so ausgesprochen unpersönlichem Charakter, wie es die Japaner sind, die Auswüchse eines engherzigen Wirtschaftsegoismus die mittleren und unteren Schichten, die an den Kriegsgewinnen keinen Anteil hatten, Gedankengängen, die auf einen Umsturz der herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung abzielen, zugänglicher. Gerade die der Aufnahme westlicher Kultur am meisten geneigten Stände, die Lehrerschaft, das mittlere und niedere Beamtentum und ein sehr verbreitetes akademisches Proletariat sind in viel höherem Maße als die Arbeiterschaft von der Teuerung betroffen und dadurch in ihrer Denkweise sehr stark beeinflusst worden.

Angesichts des Unvermögens der sich ablösenden Regierungen Terautschi und Hara, der Teuerung des Lebensunterhaltes Schranken zu setzen und dem Treiben unverantwortlicher Spekulanten auf dem Reismarkte einen Riegel vorzuschieben, ist die Stimmung trotz der nationalen Gewinne an Landbesitz und Handelswerten im Lande immer gereizter, eine Katastrophe immer drohender geworden. Nicht zuletzt muß auch die politische Unduldsamkeit, mit der seit etwa zwei Jahrzehnten die japanische Arbeiterbewegung von der Regierung verfolgt und beargwöhnt wird, als ein die Beziehungen der Gesellschaftsklassen vergiftendes Moment bezeichnet werden.

Diese Entwicklung datiert erst seit der Jahrhundertwende. Wie ich an anderem Orte eingehender dargetan habe*), war um 1900 ein Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit als Folge der wirtschaftlichen Entwicklung nach dem chinesischen Kriege einerseits und der Erfolge der Arbeiterorganisationen andererseits zustande gekommen. Es stand die Bewegung der Reallöhne in einem

natürlichen Verhältnis zur Bewegung der Warenpreise, und die Arbeiter hatten alle Ursache, mit diesem Erfolge zufrieden zu sein. Trotz verschiedentlich vorgekommener Ausschreitungen war die Arbeiterbewegung der öffentlichen Meinung nicht unsympathisch. Der Gedanke gewann in weiten Kreisen immer mehr an Boden, daß die arbeitende Bevölkerung vor rücksichtsloser kapitalistischer Ausbeutung geschützt werden müsse.

Der japanischen Arbeiterbewegung ist aber dieser rasche Erfolg zum Verhängnis geworden. Hatten die Arbeiterorganisationen bis dahin hauptsächlich auf die materielle Besserstellung der Arbeiterschaft hingearbeitet und dabei bereits einen guten Schritt vorwärts getan, so wurde nun der sozialen Philosophie gehuldigt, und allerhand krause Theorien, an denen gemessen das Erreichte als vollständig unzulänglich erscheinen mußte, wie z. B. Yanos aufsehenerregende sozialistische Utopie Shinshakwai, begannen die Köpfe zu verwirren. Das Jahr 1900 verlief noch verhältnismäßig ruhig, aber bereits im Frühjahr 1901 gewannen radikale Strömungen in der japanischen Arbeiterschaft die Oberhand, welche die Bewegung dem in seinen breiten Massen vaterländisch gesinnten Volke entfremdeten. Bei Gelegenheit eines vom Niroku Schimbun, einem Tokioer Volksblatt, zur Zeit der berühmten Kirschblüte in Mukojima der Tokioer Arbeiterschaft gegebenen Festes rissen radikale Redner die arbeitende Bevölkerung durch aufreizende Ansprachen zu Ausschreitungen hin. Sofort schritt die Regierung ein, weitere Arbeiterfeste wurden verboten und zwei im Mai und Juni unternommene Versuche, eine sozialistische Partei zu gründen (einmal unter dem Namen Shakwai Minshuto, das andere Mal als Shakwai Heiminto), wurden von der Polizei vereitelt. Die vorgefundenen sozialistischen Schriften wurden mit Beschlag belegt. Im September kam trotzdem ein Arbeiterverband in Kwansai zustande, dafür wurde aber im Dezember bei einem neuen Ausstand ein Verband der Nippon-Eisenbahnangestellten von der Polizei aufgelöst. Es war dies der erste Fall, in dem japanischen Arbeitern das Koalitionsrecht verweigert wurde, und es kennzeichnet dieses Eingreifen der öffentlichen Macht eine Wendung in der Arbeiterpolitik der Regierung, die sich seitdem zusehends verschärft hat. Während bis 1901 die Regierung in die Arbeiterbewegung nicht eingegriffen, ja durch milde Auslegung der Gesetze in Fällen, wo Gewalt angewendet worden war, dieselbe mittelbar ermutigt hatte, machte sie von nun an gegen jede Art politischer Propaganda zugunsten der Arbeiterschaft energisch Front.

*) Heber, Japanische Industriearbeit, VII. Bd. der Probleme der Weltwirtschaft, herausgegeben von Prof. E. Harms, Jena 1912.

Als 1902 die „Arbeiterwelt“ täglich zu erscheinen anfang, wurde sie unterdrückt, und erst nach zwei Monaten unter einer Reihe von Vorbehalten wieder freigegeben. Immerhin gelang es im März, eine große Arbeiterliga mit Anhängern in allen größeren Städten zu organisieren. Als eine Wiederholung des Arbeiterfestes zur Kirschbaumblüte verboten wurde, veranstaltete der Abgeordnete Hatoyama mit einigen Sozialisten eine Protestversammlung in Kanda. Im Juli fand ein großer Streik im Arsenal von Kure statt und wenige Wochen darauf traten die Schmiede des Arsenaals von Tokyo in den Ausstand. Die Regierung erblickte in diesen Vorgängen das Ergebnis der agitatorischen Tätigkeit von Sozialisten unter den Arbeitern und erklärte im September 1902 alle Ansprachen an Arbeiter für politische Reden, welche der Genehmigung der Polizei bedürften. Die öffentliche Meinung, deren Aufmerksamkeit zu der Zeit über die Landesgrenzen weit hinauszuschweifen begann, schwenkte mehr und mehr in das Fahrwasser einer imperialistischen Regierung ein.

Ein letzter, von dem Abgeordneten Shimada Saburo, dem Nationalökonom Professor Dr. Kanai, dem Mitglied des Herrenhauses Dr. Kuwada und einer Reihe Gleichgesinnter aus dem japanischen Verein für Sozialpolitik unternommener Versuch der Versöhnung von Kapital und Arbeit durch Gründung von Berufsverbänden, welchen Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Weise angehören sollten, scheiterte an der Indifferenz der Arbeiter und dem Widerstande der Unternehmer. Das gleiche Schicksal traf den inzwischen von der Regierung den Handelskammern zur Begutachtung unterbreiteten Neuentwurf eines Arbeiterschutzgesetzes. Es erhob sich gegen denselben ein solcher Sturm der Opposition in der ganzen Industrie, daß ihn die Regierung ohne weiteres zurückzog.

Im April 1903 fand der erste japanische Sozialistenkongreß in Osaka statt, und im August des nächsten Jahres, zur selben Zeit, als sich in der Mandschurei die feindlichen Heere Japans und Rußlands einander näherten, genoß die Welt das Schauspiel einer internationalen Verbrüderung der Repräsentanten der Arbeiterklassen Rußlands und Japans auf dem Weltkongreß der sozialistischen Delegierten in Amsterdam. Im November wurde von zwei Mitgliedern des beim Herannahen des Krieges „sich bekehrenden“ Yorozu Choho, Kotoku, dem später für seine revolutionäre Doktrin in den Tod Gegangenen, und Sakai, welcher einem parlamentarischen Sozialismus das Wort redete, mit der Unterstützung eines Freundes ein wöchentlich erscheinendes sozialistisches Blatt, der Heimin Shimbun, gegründet, in dem sie energisch gegen den Krieg protestierten. Ende Februar 1905 wurde das Weitererscheinen der Zeitung verboten und der Herausgeber Nishikawa zu 7, Kotoku zu 5 und Sakai zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Vom Ende des russisch-japanischen Krieges an, der dem Lande großen Ruhm, aber schwere wirtschaftliche Lasten brachte, bis zum Ausbruch des Weltkrieges wußte die japanische Regierung durch ihre äußere Politik das Volk von inneren Fragen abzulenken, und wo sich im Lande Anzeichen sozialistischer Propaganda bemerkbar machten, sie mit Gewalt zu unterdrücken. Im Laufe des Krieges hat sich manches geändert; heute werden Männer, die ihrer Vergangenheit nach keineswegs als Schrittmacher des Sozialismus angesprochen werden können, mehr und mehr von der Überzeugung durchdrungen, daß es absolut notwendig und an der Zeit sei, mit allen Mitteln einer sozialen Katastrophe vorzubeugen, die zweifellos bei der politischen Unreife der breiten Massen und bei der trotz ihres äußerlich ruhigen Gehabes im Grunde impulsiven Natur der Japaner die Folge eines politischen Um-

sturzes wäre. So erklärt sich die Nachricht*), daß unter vielen anderen der Kriegsminister Tanaka, Generalleutnant Sato, Vizeadmiral Kamiidzumi und zahlreiche Angehörige der besten Gesellschaft, worunter auch hochgestellte Damen, nebst einem großen Gefolge der studierenden Jugend sich in einer Vereinigung Roso-kwai (Gesellschaft der Alten und Jungen) zusammengefunden und mit dem rechten Flügel der Sozialisten, der Gruppe Baibunsha, die sich in der Hauptsache aus Sozialchriftstellern unter Führung des gemäßigten Marxisten Endo Musui rekrutiert, zum Zweck gemeinsamer Untersuchung sozialer Fragen in Verbindung gesetzt haben.

Unter anderen äußeren Begleitumständen würde ein solches Zusammengehen bürgerlicher Elemente mit sozialistischen Theoretikern die japanische Regierung veranlaßt haben, sämtlichen Beteiligten den Prozeß zu machen. Wenn es im vorliegenden Falle nicht geschehen ist, so darf zur Erklärung nicht nur auf die hohe amtliche und gesellschaftliche Stellung einiger der Hauptbeteiligten hingewiesen werden. Viel mehr ist es die Ratlosigkeit, in der sich die Regierung den gewaltigen sozialen Problemen, die auch im Fernen Osten gebieterisch eine Lösung erheischen, gegenüber sieht.

Es werden aber auch gelegentlich von offizieller japanischer Seite über die sozialistische Bewegung im Lande noch Ansichten geäußert, die von sehr geringer Einsicht in ihre Grundursachen und ihr Wesen zeugen. So vertrat erst jüngst der Direktor der Tokioer Polizei die Meinung, um die Sozialisten brauche er sich so lange nicht zu kümmern, als sie unter sich blieben, er müsse aber sofort einschreiten, wenn Außenstehende unter dem Vorwand wissenschaftlicher Studien zu ihren Versammlungen eingeladen und durch die Erörterung von Problemen der Arbeit unzufrieden gemacht würden.

Viel klüger, auch vom Standpunkte der japanischen gesellschaftlichen Entwicklung aus, stellt sich die Propaganda des erwähnten Führers des Baibunsha-Klubs dar. Endo wünscht der sozialen Katastrophe in Anlehnung an die Vorgänge bei der Restauration der Kaisermacht, wo die Feudalherren bekanntlich mehr oder minder freiwillig zugunsten der Zentralgewalt auf ihre Herrschaftsrechte verzichteten, vorzubeugen durch eine praktische Tat des „nationalen Sozialismus“, wie er es nennt. Er befürwortet die Nationalisierung des Kapitals, insbesondere des Grund und Bodens. „Es ist meine Meinung, daß die Wohlhabenden sich der Verantwortung für den größeren Teil der Verbitterung und des Unglücks, die durch die Kluft zwischen Reich und Arm hervorgerufen worden sind, nicht werden entziehen können. Nun ist in unserem glorreichen Lande aller Grundbesitz in Wirklichkeit von jeher Eigentum des Kaisers gewesen. Da das einmal so ist, so müssen die Reichen all ihr Land und ihren Besitz dem Kaiser zurückgeben, um die drohende nationale Katastrophe abzuwenden.“ Endo stellt in Aussicht, daß er das Projekt nach seiner Durcharbeitung dem Baron Iwasaki, dem Krupp von Japan, vorlegen und ihn auffordern werde, eine Empfehlung dazu zu schreiben.

Während sozialistische Gedankengänge in sehr geschickter Anspielung auf den von jeher im Programm der kaiserlichen Familientradition gepflegten nationalsozialen Sinn verbreitet werden, verraten des öfteren unter dem Eindruck manchesterlicher Gedankengänge stehende Regierungsbeamte ein bedauerliches Maß von Wissen und politischem Takt. So brachte neulich der Osaka Asahi aus der Feder eines recht witzigen Studenten eine Äußerung über die vor kurzem vom Erziehungsminister Nakahashi vorgebrachten Beschwerden wegen der zunehmenden Verbreitung gefährlicher Gedanken unter der

*) Japan Weekly Chronicle vom 24. Juli 1919.

Studentenschaft. So begreiflich es auch sei, schreibt der Einsender, daß Studenten, die durchs Examen fielen, radikale Gedankengänge pflegten, so berechtige das den Unterrichtsminister doch noch nicht, bekannte Soziologen wie die Doktoren Yoshino, Fukuda und Kawakami, die sich in der Tat sowohl in Japan wie unter der internationalen Gelehrtschaft eines ausgezeichneten Rufes erfreuen, mit den Bolschewiken ohne weiteres in einen Topf zu werfen. Man könne nur zu seiner Entschuldigung annehmen, daß er ihre Schriften nicht gelesen habe. Ein Unterrichtsminister, der beispielsweise die Arbeiterfrage, die Frage des Tages, als eine Modesache bezeichne, richte sich selbst. Möge es dem Herrn gefallen oder nicht, so beschäftigten sich die Studenten in der Tat eifriger als der Unterrichtsminister mit dem Studium sozialer Probleme. Wenn man dem Bolschewismus zu Leibe rücken wolle, müsse man allerdings etwas tiefer schürfen, als es der Herr Minister tue.

Nakahashi hatte auch über ein von den Studenten gegründetes literarisches Unternehmen, das unter dem Namen Shinjinkai (die neue Gesellschaft) soziale Probleme erörterte, Beschwerde geführt. Der Umfang der sozialistischen Literatur, sowohl der periodischen wie der Buchliteratur, hat in der letzten Zeit an Bedeutung stark zugenommen. Gab es in den Jahren der Verfolgung nur ein ausgesprochen sozialistisches Organ, die Zeitschrift Shin-shakwai, so sind inzwischen noch zwei weitere, die Shakwai Shugi Kenkyu und die Kokka Shakwai Shugi, welche die nationale Richtung des japanischen Sozialismus vertritt, ins Leben getreten. Dem Studium sozialer Probleme ist die Monatsschrift Shakwai Mondai Kenkyu

des Tokyoer Universitätsprofessors Kawakami gewidmet, deren erste Nummer in 60 000 Exemplaren verkauft worden sein soll. Die marxistische Literatur wird in einer bei dem Stande der Geisteswissenschaften in Japan ziemlich unkritischen, aber umso ausgiebigeren Weise gepflegt. Uebersetzungen von Kautsky, dem alten Liebknecht und anderen Marxisten in großen und billigen Auflagen sind überall erhältlich. Eine vollständige Ausgabe von Marx in japanischer Sprache befindet sich in Vorbereitung. Gerade auf dem Gebiete der sozialistischen Aufklärung spielen die Leute von der Baibunsha eine große Rolle.

Die japanische Regierung, die zumeist nur aus Unverstand gegen die moderne soziale Bewegung sündigt, und der man viel mehr guten Willen für die Besserung der Lage der Arbeiterschaft nachrühmen kann als dem japanischen Unternehmertum im allgemeinen, würde gut daran tun, statt die wissenschaftliche Arbeit japanischer Sozialschriftsteller zu verdächtigen, der Bewegung Gelegenheit zu geben, sich aus den Werken eines Marx und Engels, deren Ansichten heute im Westen bei einem großen Teil des Proletariats ja als längst überwunden gelten, in der Richtung eines evolutionären Sozialismus zu orientieren. Durch ihre Unfähigkeit zur Abstellung von Mißständen und durch ungeschicktes Drangsalieren wird die soziale Bewegung auf eine radikale Bahn gebracht, die dem japanischen Temperament, das sich unter dem äußeren Firniß der orientalischen Kultur verbirgt, viel mehr zusagt, als vielfach angenommen wird.

Dr. Arthur Heber

Schweiz

Der Völkerbund – Staatsfinanzen – Neugründungen – Verkehrs- und Kohlenfragen – Erntebericht – Aussenhandel – Soziale Fragen.

Im Mittelpunkt aller Debatten steht zurzeit noch immer für die Schweiz die Frage ihres Beitritts zum Völkerbund (vgl. 1919, S. 664). Am 10. September hatte die in Bern tagende nationalrätliche Kommission in der Schlußabstimmung mit 21 gegen 4 Stimmen beschlossen, im Nationalrat das Eintreten in den Völkerbund zu beantragen. Der Antrag, die Beratung zu verschieben, war vorher abgelehnt worden. Die mit Spannung erwartete große Debatte über den Völkerbund, deren Beginn für den 19. September festgesetzt war, wurde in letzter Stunde verschoben, weil sich nämlich die Nationalratskommission noch kurz vorher entgegen ihrem Vorschlage vom 10. dahin geeinigt hatte, dem Parlament trotzdem die Verschiebung dieser Debatte zu empfehlen. Im Namen der Kommission legte der Berichterstatter, Nationalrat Dr. Spahn, Schaffhausen, die Gründe dar, die die Kommissionsmehrheit bewogen hatten, die Verschiebung der Debatte zu beantragen. Ausschlaggebend ist für die Schweiz das Verhalten der Großmächte, von denen noch keine einzige den Friedensvertrag ratifiziert hat. Vor allem will aber die Schweiz die Entscheidung Amerikas abwarten. Nach einer ausgedehnten Diskussion beschloß der Nationalrat mit 98 gegen 58 Stimmen die Debatte über die Völkerbundfrage auf eine spätere Tagung zu verschieben. Dieser Beschluß kennzeichnet die Wichtigkeit, die man in den Kreisen von Regierung und Parlament dieser Frage beimißt. Vor allem ist es der Artikel 16 des Völkerbundstatuts, um den sich die Entscheidung der Schweiz dreht, denn er verlangt eine vollständige Aufgabe der bisherigen Schweizer Neutralitätspolitik, weil er im Falle eines Krieges den Abbruch aller wirtschaftlichen Beziehungen mit dem vom

Völkerbund verfehmten Staate verlangt. Das Schweizer Parlament war sich dessen bewußt, welche Änderung in der Jahrhunderte alten Schweizer Politik eintreten müßte, wenn die Schweiz sich dem Völkerbunde anschlosse, und da es vor Ablauf seines Mandates steht, scheint es die Absicht zu haben, die Entscheidung über diese wichtige Frage dem neu gewählten Nationalrat zu übertragen.

Die allgemeine Wirtschaftslage der Schweiz kann noch immer nicht als günstig angesehen werden. Auch die Schweiz leidet noch unter den Nachwirkungen des Krieges. Ein Beweis hierfür bietet eine Übersicht über die Staatsfinanzen, von denen jetzt vollständige Veröffentlichungen über das Jahr 1918 vorliegen. Vor dem Kriege glichen sich Einnahmen und Ausgaben mindestens aus. Seit 1914 haben sich jedoch Fehlbeträge eingestellt, besonders infolge der großen Steigerung der Ausgaben. Die Verwaltungsrechnung zeigt seit 1913 folgende Entwicklung (in 1000 fr):

	1918	1917	1916	1915	1914	1913
Einnahmen ..	221705	185656	176582	158271	158272	186569
Ausgaben ..	283600	236404	193227	179822	180805	191923
Fehlbetrag ..	61895	50748	16645	21551	22533	5354
Zollertrag ..	44021	52229	60097	54804	65080	85142

Das Defizit für 1918 übersteigt das von 1917 noch um rund 11 Millionen Franken. In diesen Zahlen sind aber die direkten und indirekten Kriegskosten nicht einbegriffen, weil sie über das sogenannte Kriegsmobilisationskonto gebucht werden. Für das Jahr 1918 beträgt der Fehlbetrag der Verwaltungsrechnung 61,8 Mill. fr. Hiervon muß der Überschuß der Kapitalrechnung mit 2,3 Mill. fr abgezogen werden,

so daß sich der Fehlbetrag auf 59,5 Mill. fr. ermäßigt. Mit dem 1917 ausgewiesenen Defizit steigen aber die zu tilgenden ungedeckten Fehlbeträge auf 70,2 Mill. fr. Ende 1913 verfügte die Eidgenossenschaft über ein reines Staatsvermögen von 102,5 Mill. fr. Die Passivität gegenüber 1913 beträgt somit 172,7 Mill. Hierzu kommen die unter den Aktiven erscheinenden zu tilgenden Aufwendungen, nämlich die Kriegsmobilisierungskosten in Höhe von 1076,5 Mill. fr., die Anleihekosten in Höhe von 15,2 Mill. und verschiedene Betriebsverluste der Ein- und Verkaufsorganisationen mit 37,2 Mill. Insgesamt stellt sich also der Fehlbetrag auf 1301,6 Mill. fr. Wenn man hiervon die sogenannten Rückstellungen (Ertrag der Kriegsgewinnsteuer usw.) abzieht, verbleibt immer noch ein Fehlbetrag von 931,2 Mill. fr., der als direkte Kriegsfolge angesehen werden muß. Die Einnahmen sind im allgemeinen gestiegen. Das Finanz- und Zoll-Departement lieferte das größte Einnahme-Kontingent, obwohl die Einnahmen hinter denen des Vorjahres zurückgeblieben sind, da sie 1918 nur einen Betrag von 44 Mill. erreicht haben. Im Jahre 1919 scheint jedoch eine Besserung auch auf diesem Gebiete eingetreten zu sein. Der Betrag der Stempelsteuer übertrifft die Erwartungen mit einer Einnahme von 11,5 Mill. fr. Auch das Volkswirtschafts-Departement kann höhere Einnahmeziffern aufweisen, vor allem umfassen sie den Anteil des Bundes am Reingewinn der Nationalbank. Die Ausgaben sind jedoch noch weit höher gestiegen. Alle Ausgabe-Posten weisen erhebliche Steigerungen auf, die besonders auf die außerordentlichen Teuerungszulagen an die Schweizer Beamten zurückzuführen sind, die im Jahre 1918 nicht weniger als 43 Mill. fr. betrugen, während sie 1917 nur 12,9 Mill. ausmachten. Für das Jahr 1919 ist mit weiteren Steigerungen auf diesem Gebiete zu rechnen. Ferner ist die außerordentliche Zunahme der Ausgaben auf die Erhöhung der sozialen Lasten zurückzuführen, besonders auf die Beiträge zur Kranken- und Unfallversicherung.

Aber trotz der ungünstigen finanziellen Lage, in der sich die Schweiz noch befindet, ist überall ein allmähliches Erstarken ihrer Wirtschaftskräfte bemerkbar. Hierfür sprechen am besten die verschiedenen Neugründungen und Kapitalserhöhungen, die in der letzten Zeit in der Schweiz auf allen Gebieten der Volkswirtschaft vorgenommen worden sind. Die Schweizerische Kreditanstalt, Zürich, hat ihr Kapital von 75 auf 100 Mill. fr., die Eidgenössische Bank, Zürich, von 45 auf 50 Mill. fr. erhöht. Die Schweizerische Bankgesellschaft, Winterthur, St. Gallen, Zürich und Lausanne hat sich mit der Aargauischen Kreditanstalt, Aargau, zusammengeschlossen und verfügt jetzt über ein Kapital von 75 Mill. fr. Es sind dies Zeichen dafür, daß die Schweizer Banken sich vor allem gegen das Eindringen der ausländischen Banken in die Schweiz wappnen wollen, denn seit dem Abschluß des Waffenstillstandes haben französische, englische, italienische und neuerdings auch amerikanische Banken Niederlassungen in der Schweiz begründet, wohl zunächst, um mit den Internierten, die zu Tausenden sich in der Schweiz aus allen kriegführenden Ländern aufhielten, in Verbindung zu treten, aber auch unter dem Gesichtspunkte, daß die Schweiz als Mittler für die Wiederanknüpfung von Beziehungen im Welthandel dienen könnte. — Erwähnenswert sind ferner die Neugründungen der Société Internationale de Transport Gondrand Frères, Basel, mit einer Filiale in Genf und einem Kapital von 11 Millionen, der Eisen- und Metall A. G. in Zürich mit einem Kapital von 1 Mill. fr. und der Soc. Anon. des Etablissements Pierre Roche à Paris, succursale de Rolle, zur Herstellung von Präzisionsinstrumenten

mit einem Kapital von 2 Mill. fr. Von großer Bedeutung ist der Beschluß der A. G. Brown, Boveri & Co., Baden, ihr Aktienkapital um 14 Mill. auf 50 Mill. durch Ausgabe neuer Aktien zu je 500 fr. zu erhöhen. Von diesen neuen, für 1919/20 voll dividendberechtigten Aktien wurden zunächst 12 Mill. fr. an ein Konsortium gegeben, das sie den alten Aktionären zu 500 fr. je Aktie bis zum 12. 9. anbieten sollte in der Weise, daß auf 6 alte Aktien von je 1250 fr. 5 neue von je 500 fr. bezogen werden können. Über die restlichen 2 Mill. fr. neue Aktien ist vorläufig noch nichts bekannt gemacht worden. Die Bernischen Kraftwerke A. G., Bern, haben eine 5%ige Anleihe von 24 Mill. Franken zur Vollendung des neuen Elektrizitätswerks Mühleberg zum Subskriptionspreis von 96½ % mit Zinsgenuß vom 1. 10. 1919 durch das Kartell schweizerischer Banken usw. zur Zeichnung auflegen lassen. Alle Zeichnungen konnten voll berücksichtigt werden.

Aus diesen Kapitalserhöhungen spricht ziemlich viel Optimismus, obwohl gerade Berichte, die über die elektrotechnische Industrie vorliegen, diesem Industriezweig für die nächste Zeit keine allzu günstigen Aussichten eröffnen, denn man hat auf der einen Seite in der Schweiz mit einer Überschwemmung durch billige ausländische Erzeugnisse zu rechnen, auf der anderen Seite rüstet sich das Ausland gegen das Eindringen schweizerischer Fabrikate. Dazu kommt, daß die Schweizer Konsumenten, besonders die Elektrizitätswerke, in ihren Bestellungen nachgelassen haben, weil sie über große Lager verfügen. Auch die schweizerische Maschinenindustrie hat nach dem Jahresbericht des Vereins Schweizer Maschinenindustrieller im Jahre 1918 bereits ihren Höhepunkt überschritten, denn der Abschluß des Waffenstillstandes hat die Auslandsgeschäfte fast vollständig zum Stocken gebracht. Ende Januar 1919 mußten 27 Firmen mit ca. 20 000 Arbeitern ihre normale Arbeitszeit um 10 % auf den Kopf des Arbeiters verkürzen, Anfang Juni bereits 70 Firmen mit 25 000 Arbeitern um rund 14 %. Ein günstiges Zeichen ist die Eröffnung der neuen Anlage des Elektrizitätswerkes Lonza in Visp zur Erzeugung von Alkohol, bei der bereits 100 000 Liter versandbereit stehen, wodurch die Schweiz im Bezuge von Alkohol sich vom Auslande unabhängig gemacht hat.

Die Industrie ist wie überall auch in der Schweiz von der Beschaffung der Kohle außerordentlich abhängig. Die Verhältnisse haben sich jedoch nach den Erklärungen des Generalsekretärs Stucki vom Volkswirtschaftsdepartement gebessert, besonders infolge der amerikanischen Lieferungen von Gaskohle. Dazu kommt, daß die Schweizer Regierung ein Abkommen mit Belgien über die Lieferung von monatlich 30 000 t Kohle vor kurzem abgeschlossen hat. Dagegen hat die Einfuhr von Briketts aus Deutschland seit dem 1. 9. vorläufig vollkommen aufgehört. Die Verkehrsverhältnisse konnten sich infolge der fremden Lieferungen wieder heben. Die Arbeiten an der Elektrisierung der Rhätischen Bahn Chur schreiten rüstig vorwärts und sind zurzeit auf der Strecke Davos-Thusis im Gange. Am 14. 9. ist der Badische Bahnhof in Basel wieder eröffnet worden, der eine bequemere Abwicklung des Verkehrs mit Deutschland ermöglicht.

Die vorliegenden Berichte ergeben, daß die Schweiz eine verhältnismäßig gute Ernte einbringen wird. Der Ertrag an Wintergetreide dürfte dem einer normalen Ernte gleichkommen, und die Aussichten für Sommergetreide sind besser als vor einem Monat. Dagegen wird der Stand der Kartoffeln weniger günstig als vor Monatsfrist beurteilt. Die Aussichten für die Obsternste sind sehr gut, besonders erwartet

man eine vorzügliche Birnen- und Apfelernte. Ebenso große Hoffnungen setzt man auf den Wein. Die Ernährungsaussichten gehen einer großen Besserung entgegen, so daß man bereits plant, vom 1. Oktober ab die Bretterkarte aufzuheben, da genügend Vorräte an Butter und anderen Fetten in der Schweiz vorhanden sind.

Unsere Uebersicht über die Lage der Industrie hat bereits gezeigt, daß die Schweiz sich dem Auslande gegenüber in einer ziemlich schwierigen Lage befindet. Auf der einen Seite versucht das Ausland die Schweiz mit seinen Erzeugnissen zu überschwemmen, auf der anderen Seite wird dagegen der Schweiz der Absatz ihrer eigenen Produkte sehr erschwert. Vor allem richtet die Schweiz ihre Blicke ängstlich nach Deutschland, das infolge des außerordentlich schlechten Standes der Mark in der Lage ist, auf diese Weise eine Dumping-Politik zu treiben. Bezeichnend für diese Furcht ist ein Artikel in den „Basler Nachrichten“ vom 10. 9., der energisch den Schutz des Schweizer Handels verlangt: „Deutschland namentlich verunmöglicht jede Einfuhr von Fertigfabrikaten, während es deren Ausfuhr aus leicht erklärlichen Gründen mit allen Mitteln zu fördern sucht. Die gleichen Gründe, die Deutschland veranlassen, seine Ausfuhr in Fluß zu bringen, bestehen auch für uns, nämlich die Belebung des Wirtschaftslebens und die Verminderung der Arbeitslosigkeit. Dazu kommt, daß gerade Deutschland einzelnen unserer Industriezweige jetzt schon und in Zukunft noch mehr infolge der Valuta-Differenz und billigerer Rohmaterialien schärfste Konkurrenz machen wird, gegen die wir sozusagen wehrlos sind. . . . Auch wissen wir, daß einzelne unserer Industriezweige, die sich unter den Kriegsverhältnissen ordentlich entwickeln konnten, wie z. B. die Metallindustrie und gewisse Teile der Textil- und Konfektionsindustrie, sich nur halten können, wenn sie geschützt werden.“ Die „Basler Nachrichten“ verlangen infolgedessen die Einführung von Einfuhrverboten. Andererseits lassen die Schweizer auch nichts unversucht, um ihren eigenen Ausfuhrhandel zu fördern. Wie der „Schweizer Exporteur“ meldet, wird beabsichtigt, neben dem Musterlager in Brüssel, das dort von der neuen Schweizer Handelskammer errichtet worden ist, ähnliche Musterlager auch in Konstantinopel und Buenos Aires zu errichten. Ebenso beabsichtigt man in Leipzig ein eigenes Schweizer Meßhaus zu eröffnen. Die Idee geht von dem Schweizer Konsul in Leipzig Hirzel aus. Das hierfür in Betracht kommende Haus in der besten Lage der Stadt ist bereits zu einem Preise von 2 Mill. M. angekauft worden, „was unter heutigen Verhältnissen ein enorm niedriger Preis ist“, wie die „Basler Nachrichten“ melden.

Der Schweizer Bundesrat hat seinerzeit gegen die durch Gesetz vom 19. Juli von Deutschland beschlossene Neuregelung der Zahlung der deutschen Zölle in Gold bei der

deutschen Regierung Protest eingelegt, auf die eine Antwort bisher noch nicht eingegangen ist. Er stellt sich jetzt auf den Standpunkt, daß falls England die Zahlung der Zölle in Gold verweigere, die Schweiz hierzu auch ein Recht besäße, weil Deutschland ihr im Handelsvertrage die Meistbegünstigung eingeräumt habe. Deutschland hat durch das Süddeutsche Zement-Syndikat in der Schweiz erhebliche Mengen Zement aufgekauft, dessen Preis sich auf 4000 M. für den Waggon stellt.

Der Handelsverkehr mit England ist außerordentlich gestiegen. Er betrug nach einem jetzt vorliegenden amerikanischen Berichte im ersten Vierteljahr 1919 15,7 Mill. \$ gegen 3,8 Mill. \$ im gleichen Zeitraum 1918. Die Einfuhr von der Schweiz nach England belief sich in derselben Zeit auf 861 000 \$ gegen 700 000 \$ im ersten Quartal 1918.

Zur Anknüpfung von Handelsbeziehungen hat der Bundesrat den früheren Schweizer Ministerresidenten in Petersburg Junod nach Warschau gesandt und zu gleicher Zeit ist eine Schweizer Abordnung nach Rumänien abgereist, um ein schweizerisch-rumänisches Wirtschaftsabkommen vorzubereiten.

Das Wirtschaftsleben der Schweiz wird auch durch die andauernden Streiks beunruhigt. So ist zur Zeit ein Streik bei der Motorenfabrik Arbenz, Albisrieden, ausgebrochen, der durchaus bolschewistischen Charakter trägt. Auf die Einflüsse der russischen Sozialisten wurde schon in unserm letzten Bericht hingewiesen. Inzwischen ist die Urabstimmung in der schweizerischen sozialdemokratischen Partei über den Beitritt zur dritten Internationale erfolgt, den der Basler Parteitag beschlossen hatte. Diese Abstimmung hat ergeben, daß die Zusammensetzung des Parteitages keineswegs der wahren Stimmung der Parteimitglieder entsprach, und gezeigt, daß die bolschewistischen Einflüsse nicht so stark sind, wie befürchtet werden konnte. Von den 50 000 Mitgliedern der Partei haben nur 22 000 an der Abstimmung teilgenommen, von denen sich 13 975 gegen und 8280 für den Beitritt ausgesprochen haben. Damit ist also der Anschluß an die dritte Internationale abgelehnt. Sehr interessant ist es, die Wahlergebnisse aus einzelnen Abstimmungsbezirken zu untersuchen. So hat z. B. der Bezirk Zürich IV, das Eldorado der Jünger Lenins, mit 172 Stimmen gegen 95 den Beitritt bejaht, und Zürich gab insgesamt 505 Ja und 363 Nein ab. Ebenso stimmte Schaffhausen mit 178 Stimmen für den Beitritt, und nur 39 Stimmen waren dagegen. In Bern jedoch war das Resultat wieder umgekehrt. Hier wurden 527 Nein und 149 Ja gezählt. Diese Abstimmung dürfte die besonnenen Elemente in der Partei in ihrem Einfluß wieder stärken. Mit Recht betont der „Berner Bund“, daß es bei diesem Kampf „auch um die Führerschaft geht, und zwar stehen da die rein politischen Aspiranten gegen die Gewerkschaftssekretäre“.

Dr. Kurt Zielenziger

Belgien

Kohlenversorgung — Lebensmittelbewirtschaftung — Der Konflikt mit Holland

Die Kohlenförderung betrug im 1. Halbjahr 1919 8 480 910 t gegen 11 463 270 t im gleichen Zeitraum 1914. Das Verhältnis scheint sich zu bessern, denn im Juni wurden bereits 1 456 240 t gegen 1 775 781 t im Juni 1914 gefördert. Die Arbeiterzahl betrug im Juni 146 248 gegen 147 226 in 1914. Die „Revue du travail“ v. 15. 8. gibt folgende Übersicht über die allgemeine Lage: „Für das Land im ganzen ist

die Frage der Kohlenversorgung durch die schweren Kriegseignisse der letzten Jahre nicht wesentlich beeinflusst worden. Die Förderung in dem alten Kohlenbecken, die zu Anfang dieses Jahres kaum 60 % der Januarförderung von 1914 und weniger als ½ der monatlichen Durchschnittsförderung von 1913 erreichte, hat sich im Mai gegen den Januar um annähernd 240 000 t gehoben, so daß sie damit 82 % des Mit-

tels von 1913 erreichte. Die Verringerung der Förderung ist ohne Frage dem Herabgehen der einzelnen Arbeitsleistung zuzuschreiben, nicht etwa einem Mangel an Arbeitern, denn der Gesamtbestand der Zechen ist fast vollständig und weicht nur sehr wenig vom Durchschnitt des Jahres 1913 ab. Allerdings haben einzelne Zechen ihren eingearbeiteten Stamm durch Arbeiter ohne Bergwerkserfahrung ergänzen müssen, wodurch die Förderung ungünstig beeinflusst worden ist. Ferner verbrauchen die Instandsetzungsarbeiten, die während des Krieges nicht vorgenommen werden konnten, eine gewisse Anzahl Arbeitskräfte. Ebenso ist es bei den Aufschließungsarbeiten, die im Kriege aus Mangel an Sprengstoffen und sonstigen Gründen ruhten. Die Vorräte sind beträchtlich und wenn sie auch jetzt im allgemeinen abnehmen, sind sie immer noch höher als eine Monatsförderung — sie betrugen Ende Juni 1845 790 t gegen 625 040 t in 1918, d. h. 860 750 t mehr. Zusammenfassend kann man sagen, daß die Lage der belgischen Zechen befriedigend ist. Die beiden Gründe, die sie am völligen Aufschwung verhindert haben, nämlich der Mangel an Transportmitteln und der Rückgang der einzelnen Arbeitsleistung, sind im Schwinden. Man kann hoffen, daß binnen wenigen Monaten der Normalzustand wieder hergestellt sein wird. Allerdings lassen sich die Folgen des achtstündigen Arbeitstages noch nicht in jeder Hinsicht übersehen.“

Im Gegensatz hierzu ist allerdings festzustellen, daß die Kohlenpreise dauernd steigen, zum Teil wegen der aus Lohngründen in Aussicht stehenden Streiks; und die Versorgung mit Hausbrand ist für die kleineren Haushalte eine beängstigende Frage geworden.

Ebenso erfordert die teure Lebenshaltung die Aufmerksamkeit der Regierung, die die Organe des „Comité National“ jetzt durch Ausschüsse ersetzt hat. So ist die „Commission des blés“ geschaffen, die unter der Aufsicht der Regierung die Getreideeinkäufe in Amerika vereinheitlicht, deren Preis bis 1920 auf 54 fr je Sack festgesetzt ist. Die Fracht bis Antwerpen kommt auf 12—15 fr; eine amerikanische Firma ist von der belgischen Regierung mit der Verschiffung beauftragt. Ferner ist ein „Service commercial“ eingerichtet mit der Aufgabe, die Lebensmittel einkäufe im Auslande zu besorgen, so für Fische in Holland, Butter in Holland und Amerika, Kaffee, Konserven, Reis usw. Die Einlagerung dieser Waren erfolgt in Antwerpen. Für die Bewirtschaftung der im Lande selbst gewonnenen Lebensmittel ist die „Commission de Répartitions et de Contrôle“ eingesetzt, die aus Vertretern der Erzeuger und Verbraucher besteht. Aufsichtsbeamte sind angewiesen, die Durchführung der Bestimmungen über Höchstpreise und Bekanntmachung aller Warenpreise zu überwachen. Im allgemeinen scheint man

mit diesen Einrichtungen zufrieden zu sein. Es ist ja auch nicht das erste Mal seit dem Waffenstillstand, daß ein staatlicher Eingriff auf dem Lebensmittelmarkt erfolgt. Kurz nach Abschluß des Waffenstillstandes betrug die Preissteigerung für die Lebensmittelhaltung in Belgien 639 % gegen 1914; augenblicklich ist sie nur 354 % höher als vor dem Kriege. Auch erwartet man infolge der günstigen Witterung eine ausgezeichnete Ernte, zumal für Rüben. In Hesbaye beispielsweise rechnet man für Zuckerrüben auf einen Durchschnittsertrag von 30 000 kg je ha.

*

Der Konflikt mit Holland hat noch immer keine befriedigende Lösung gefunden, ganz im Gegenteil haben sich die Beziehungen zwischen Belgien und Holland erheblich zugespitzt, und die Presse beider Länder ist von wenig lebenswürdigen gegenseitigen Angriffen erfüllt. Die Entente-presse steht durchaus auf belgischer Seite, und wie scharf sie sich äußert, mögen einige Beispiele zeigen: So schreibt die „Dépêche Coloniale“ in Nr. 6517: „Es ist Zeit für Holland, sich klar zu machen, daß sein Urteil nicht durch ein seltsames Selbstvertrauen und eine eitle Hoffnung auf Mangel an Entschlußkraft und Einigkeit bei den Alliierten getrübt werden darf. Die Forderungen Belgiens sind eben so maßvoll, wie folgerichtig und billig. Sie entspringen aus den unveränderlichen Grundsätzen, die die Grundlage des Friedens unter den Völkern bilden, und wonach die Schlingen, Hemmungen und Hindernisse, die willkürlich der Hoheit, der Sicherheit und der Unabhängigkeit der Völker gesetzt sind, fallen müssen.“ Und in seiner Nr. 6519 sagt dasselbe Blatt: „Deutschland hat jetzt nicht mehr dasselbe Interesse an der Freiheit Antwerpens, da dies ein lästiger Mitbewerber für die deutschen Linien werden kann, die sich bereits in Rotterdam eingerichtet haben oder dort einrichten wollen. Mißtrauen gegen Deutschland, das bei gegebener Gelegenheit einen Druck auf Holland ausüben kann, ist es, was die Belgier zwingt, den Schlüssel zu ihren Häfen selbst in die Hand zu nehmen.“ Das „XXme Siècle“ in Brüssel faßt das Ergebnis der Verhandlungen dahin zusammen, daß die holländische Regierung jegliches Nachgeben in den Gebietsfragen verweigert, dagegen geneigt ist, Belgien auf wirtschaftlichem Gebiet entgegenzukommen in folgenden Fragen: Freiheit der Baggerung, Betonung und Befahrung der Schelde zwischen Antwerpen und dem Meere, Einverständnis zum Bau und Betrieb des Antwerpen-Maas-Rhein-Kanals und freie Schifffahrt für Belgien auf dem Kanal Gent-Terneuzen. Ferner soll Belgien für den Fall, daß es eine Kriegsflotte erhält, das Recht eingeräumt werden, die Schelde zu befahren und Antwerpen zum Flottenstützpunkt zu machen.

P. M.

Spanien

Die Kohlenfrage — Ein Beitrag zur Deutschen-Hetze. — Schiffsverbindung Hamburg - Spanien

Wie so viele Länder Europas, hat auch Spanien seine Kohlenkrise, die hier allerdings ganz eigentümliche Erscheinungsformen angenommen hat. Einflußreiche und sachverständige Kreise behaupten nämlich, daß Spanien eine Übererzeugung an Kohlen besäße, daß die großen Vorräte, die auf Halde gestürzt werden müßten, die Aufrechterhaltung des Zechenbetriebes ernstlich gefährdeten, und daß nur die Freigabe einer Ausfuhr von mindestens 300 000, besser noch 800 000 t die Fortsetzung der nationalwichtigen Industrie ge-

währleisten könne. Das sind auffällige Forderungen und Behauptungen in einem Lande, in dem die Kohlenpreise unverändert hoch stehen, aus dessen Hauptstadt der Berichterstatter des „Economist“ im Anfang Juli seinem Blatte schreibt: „as for coal of all sorts, it is still an article of luxury.“

Wesen und Entstehung dieser „Kohlenkrise“ sind nur durch einen Rückblick auf die Kohlenwirtschaft während der Kriegszeit zu verstehen. Vor dem Krieg war die spanische

Industrie in ihrer Kohlenversorgung in hohem Maße von den englischen Zufuhren abhängig. Die eigene Förderung betrug 1913 nur

Anthrazit	232 517 t	im Werte von 4 Mill. Pes.
Steinkohle	3 783 205 „	„ „ 69,6 „ „
Braunkohle	276 791 „	„ „ 2,8 „ „

Zus. 4 292 513 t im Werte von 76,3 Mill. Pes.

Die Eigenerzeugung

von Briketts belief sich auf 486 228 t i. W. v. 12,6 Mill. Pes.

„ Koks „ „ 230 572 „ „ 6,9 „ „

Das asturische Kohlenbecken lieferte 65,60 % der spanischen Gesamtkohlenförderung. Demgegenüber stand eine, fast ausschließlich aus England kommende Einfuhr von

Steinkohlen usw.	2 701 913 t	i. W. v. 70,2 Mill. Pes.
Koks	396 419 „	„ „ 13,9 „ „

zusammen 3 098 332 t i. W. v. 84,1 Mill. Pes.

Die Einfuhr betrug also der Menge nach 62 % der in Spanien selbst geförderten Kohle, Koks usw., dem Werte nach sogar 87,8 %, entsprechend der besseren Beschaffenheit der eingeführten Kohle. Während des Krieges ging nun die Einfuhr in bedrohlicher Weise zurück. Sie verminderte sich (für Kohle, Koks usw.)

1914 auf 2 875 754 t i. W. v. 78,1 Mill. Pes. *)

1915 „	1 905 024 „	„ „ 51,1 „ „
1916 „	2 151 291 „	„ „ 57,1 „ „
1917 „	1 167 258 „	„ „ 31,0 „ „
1918 „	528 016 „	„ „ ? „ „

Dieser Rückgang der Einfuhr machte sich umso empfindlicher bemerkbar, als zugleich durch die infolge des Krieges sinkende Leistungsfähigkeit der Transportmittel zu Wasser und zu Lande die Verteilung der eingeführten und im Lande selbst geförderten Mengen immer schwieriger wurde, und gleichzeitig die Ansprüche der wachsenden und sich mehr und mehr auf die Herstellung von Kriegsbedarf einstellenden Industrie dauernd stiegen. Zwar hob sich die Leistungsfähigkeit der einheimischen Lokomotiv- und Waggonfabriken nicht unbeträchtlich, jedoch ging ein großer Teil ihrer Erzeugung ins Ausland, so daß das Verteilungsproblem hierdurch keine Erleichterung erfuhr. Von den zu seiner Milderung getroffenen Maßnahmen wurde die Errichtung des „Comité Central de Distribución“ mit der Unterorganisation des „Comité Provincial“ im Mittelpunkt des asturischen Kohlenbeckens, Oviedo, bereits in Nr. 18/19, S. 350, die für die Regelung der Küstenschifffahrt bedeutsame Schiffsbeschlagnahme in Nr. 11, S. 221, erwähnt. Wichtiger noch als die Regelung der Verteilung war die Aufgabe, die eigene Förderung zu steigern. Auf diesem Gebiete sind große Fortschritte gemacht. Die technisch am leichtesten zu hebende Braunkohlenförderung stieg im Laufe der Kriegsjahre fast auf das Dreifache, die Steinkohlenförderung konnte auf das Anderthalbfache gegen 1913 gebracht werden. Allerdings wurde auch der Abbau minderwertiger und unter normalen Verhältnissen nicht abbauwürdiger Lager in Angriff genommen; neben die großen Zechen, wie die „Sd. Duro-Felguera“ mit einer Belegschaft von 6400 Mann und die „Sd. Fábrica de Mieres“ mit 4400 Arbeitern traten winzige Betriebe mit einer Arbeiterzahl bis zu 120 Mann herunter, einer Jahresförderung von 13 000 t und entsprechend primitiven Förderungsmitteln.

Die Förderung betrug:

1914 Anthrazit	228 302 t	i. W. v. 4,7 Mill. Pes.
Steinkohle	3 905 080 „	„ „ 70,5 „ „
Braunkohle	291 057 „	„ „ 2,8 „ „
zusammen ..	4 424 439 t	i. W. v. 78,0 Mill. Pes.

*) Für die Wertangaben ist zu beachten, daß die Wertberechnung für die über die Zollgrenze gehende Kohle nach seit 1913 unverändert gebliebenen Sätzen (am Rande der Grube) zu verstehen sind, die Preissteigerung während des Krieges widerspiegeln.

1915 Anthrazit	222 621 t	i. W. v. 4,8 Mill. Pes.
Steinkohle ...	4 135 919 „	„ „ 94,6 „ „
Braunkohle ...	328 213 „	„ „ 3,6 „ „
zusammen ..	4 686 753 t	i. W. v. 102,9 Mill. Pes.
1916 Anthrazit	268 093 t	i. W. v. 8,2 Mill. Pes.
Steinkohle ...	4 847 475 „	„ „ 158,9 „ „
Braunkohle ...	473 106 „	„ „ 9,1 „ „
zusammen ..	5 588 674 t	i. W. v. 176,1 Mill. Pes.
1917 Anthrazit	324 756 t	i. W. v. 12,4 Mill. Pes.
Steinkohle ...	5 042 213 „	„ „ 240,5 „ „
Braunkohle ..	637 841 „	„ „ 23,4 „ „
zusammen ..	5 964 810 t	i. W. v. 276,3 Mill. Pes.
1918 Anthrazit	617 207 t	
Steinkohle ...	5 761 627 „	
Braunkohle ..	785 629 „	
zusammen ..	7 164 463 t	

Der Anteil Asturiens verminderte sich 1917 auf 56,30 % der spanischen Gesamtförderung, wobei allerdings ein langwieriger Ausstand im August des Jahres in Rechnung zu setzen ist, der einen Förderungsansfall von schätzungsweise 400 000 t zur Folge hatte. Die Erzeugung von Briketts und Koks gestaltete sich wie folgt:

1914 Briketts	558 329 t	i. W. v. 14,3 Mill. Pes.
Koks	246 625 „	„ „ 6,6 „ „
1915 Briketts	555 257 „	„ „ 17,2 „ „
Koks	244 210 „	„ „ 8,4 „ „
1916 Briketts	454 149 „	„ „ 19,2 „ „
Koks	292 008 „	„ „ 20,7 „ „
1917 Briketts	499 447 „	„ „ 27,8 „ „
Koks	542 767 „	„ „ 147,5 „ „

Der ursächliche Zusammenhang zwischen der nur geringen Steigerung der geförderten Menge und dem sprunghaften Emporschnellen der Preise liegt auf der Hand. Für 1918 sind die betr. Zahlen hier noch nicht bekannt.

Spanien war somit von der fremden Kohlenhilfe im Kriege immer unabhängiger geworden. Die englische Zufuhr sank nach Eintritt des Waffenstillstandes noch schneller als im Kriege; um die Jahreswende war sie ganz geringfügig geworden (im November 1918 betrug sie beispielsweise nur noch rd. 20 000 t).

Im Frühjahr 1919 trat dann eine lebhaftere Besserung der englischen Kohleneinfuhr ein: sie stieg auf 74 745 t im März und 127 273 t im April, und das im gleichen Monat mit England abgeschlossene Handelsabkommen (vgl. 1919, S. 629) sicherte Spanien eine monatliche Kohlenzufuhr bis zu 150 000 t. Die Beschäftigung der spanischen Industrie war jedoch infolge des Kriegsendes teilweise zurückgegangen, und so entstanden bei schwindender Kohlenachfrage durch das Zusammentreffen der gesteigerten Eigenförderung mit den wachsenden Zufuhren für die spanischen Zechen empfindliche Absatzschwierigkeiten und -stockungen. Der Wettbewerb der englischen Kohle, deren Einfuhr und Preisbewertung durch den ungünstigen Stand des Pfund Sterling gegen die Peseta erleichtert wird, drückt nicht nur auf die hohen Kriegspreise, sondern die Hoffnung der Verbraucher, sich bald ausreichend in guter Kohle eindecken zu können, macht große Bestände spanischer Kohle minderer Güte in Spanien selbst überhaupt unverkäuflich; denn gerade um geringere Qualitäten, sogenannte „menudos“ handelt es sich bei den Vorräten der asturischen Zechen. Der Ruf nach der Ausfuhr wird so verständlich, während gleichzeitig infolge der bislang nur wenig gemilderten Transportschwierigkeiten in großen Teilen des Landes Kohlenmangel besteht, und die Preise unverändert hoch sind; Barcelona notierte Ende August:

Cardiff Kohle	185 Pes. je t	franko Waggon Kai
Beans Anthrazit	190 „ „ „ „	„ „ „
Newcastle Gaskohle ...	190 „ „ „ „	„ „ „
Garesfield Koks	270 „ „ „ „	„ „ „

von einheimischen Kohlen

Asturische „granza“	160	Pes. je t	franko	Waggon	Kai
„ „ „galleta“	165	„	„	„	„
„ „ „cribado“	170	„	„	„	„
Koks Figaredo	200	„	„	„	„

Zur Erleichterung der Lage auf den Zechen wurden im Juni das Kriegs- und das Marineministerium angewiesen, aus einheimischen Zechenbeständen Vorräte für 6—8 Monate einzunehmen, was bei dem großen Verbrauch der Flotte, der Werften und sonstigen Werkstätten erheblich ins Gewicht fällt. Ferner wurden im Juli die Zechen von der durch Dekrete vom 17/18 5. 1917 begründeten Verpflichtung befreit, ihre Käufe und Verkäufe unter Vorlage der Fakturen täglich bei der „Delegación Regia de Suministros Hulleros“ zur Anzeige zu bringen. Es ist jetzt nur noch 14 tägige Angabe über Menge der Förderung, Zahl und Bestimmungsort der abgeschlossenen Verkäufe und Namen der Käufer erforderlich. Dagegen bleiben die zu Anfang genannten Verteilungsorgane mit begutachtender Tätigkeit bestehen.

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieser „Krisis“ — es handelt sich um nichts anderes als um einen besonders klar zum Ausdruck kommenden Zusammenstoß zwischen einer unter Schutzzoll hochgekommenen Industrie mit dem freien Wettbewerb des Auslandes — wurde am 11. August ein aus Arbeitgebern, -nehmern und Zecheningenieurern zusammengesetzter Ausschuss bestellt, dessen Aufgabe sich auf die Prüfung folgender Punkte erstreckt: 1) Die Lage der Kohlenindustrie in Spanien: Förderungsmöglichkeit, Qualität der Kohlen, Verbrauch für Industrie und Hausbrand, Verhältnis von Verbrauch zum Absatz; fremde Einfuhr, ihre Vorteile, Gefahren und etwaigen Beschränkungen; Ausfuhr der in Spanien nicht zur Verwendung kommenden Qualitäten und dumping. 2) Die augenblickliche Krisis: ihre Ursachen; erste Abhilfe dagegen: Erhöhung des Verbrauchs im allgemeinen und des Staates im besonderen, Ausfuhr; Verhütungsmaßnahmen für die Zukunft: Verringerung der Förderungskosten, Arbeiterlöhne und Lebenshaltung, Gruben- und Maschinenbedarf, Eisenbahnbauten und Tarife, Umschlagseinrichtungen in den Häfen, Koksfabrikation, Umwandlung ungünstig gelegener oder minderwertiger Kohlenvorräte in elektrische Energie an Ort und Stelle, Verkaufsorganisationen; Nationalisierung. 3) Staatshilfe: Steuererleichterungen; Zölle auf fremde Kohleneinfuhr; zwangsweiser Verbrauch nationaler Kohle in Staatsbetrieben, Prämien für den Gebrauch nationaler Kohle, besonders im Küstengebiet; Freiheit von Verkehrsabgaben; Aufforstung und Grubenholzversorgung.

Über die Arbeiten des Ausschusses ist bis jetzt nichts

weiter bekannt geworden, als daß in ihm starke Stimmung für die Freigabe der Ausfuhr innerhalb gewisser Grenzen besteht.

Auch auf anderen Gebieten zeigt sich derselbe Vorgang des Zusammentreffens der im Schutze des Krieges großgewordenen Industrie mit dem Weltwettbewerb, so z. B. in der katalonischen Glasfabrikation, die infolge der Ausschaltung fremder Erzeugnisse eine bedeutende Entwicklung und lohnende Gewinne erfahren hat. Der Kampf gegen die fremden Erzeugnisse richtet sich hier besonders gegen das deutsche Fabrikat. Von französischer Seite ist die Parole ausgegeben, daß die deutsche Glasindustrie sich mit unlauteren Mitteln des spanischen Marktes zu bemächtigen suche; „dumping“ wäre noch das fairste Mittel der Deutschen, die auch vor der Anzettelung von Streiks in den betreffenden spanischen Werken nicht zurückschreckten, um so die fremde Arbeit lahmzulegen. Der Vorwurf des „dumping“ ist über die „Correspondencia de España“ auch in die Madrider und Barceloneser Presse übergegangen; da ist es besonders zu begrüßen, daß die „Esp. ec. y. fi.“ vom 1. Sept. auf die Torheit und Interessiertheit der Hetze gegen den deutschen Handel hinweist. An der Wiederbelebung dieser Handelsbeziehungen habe Spanien ebensoviel Interesse wie Deutschland, und in Italien, das zum großen Teil dieselben Erzeugnisse wie Spanien liefern könne, entstände dem spanischen Handel nach Deutschland ein ernster Wettbewerb.

Dieser Auffassung der Madrider Wochenschrift ist weite Verbreitung zu wünschen in einem Zeitpunkt, wo die Verbindungen zwischen Deutschland und der iberischen Halbinsel langsam wieder in Gang kommen. Anfang September haben England und Nordamerika neutrale Ladungen nach Deutschland aus Spanien unter den bekannten Vorbehalten von Sonderfällen und Bannware freigegeben. Die „Cia Transmediterránea“, Barcelona, hat bereits einen Dampfer nach Hamburg abgefertigt, und auch die „Oldenburg-Portugiesische Dampfschiff-Rhederei“ hat den regelmäßigen Verkehr nach Bilbao, Vigo, Cadix, Sevilla und anderen Häfen Spaniens wieder aufgenommen. Der Kabeltelegrammverkehr ist wieder zugelassen, und Funkentelegramme nach Spanien werden vom 15. September ab wieder auf den für den Telegrammverkehr geöffneten Anstalten angenommen. — Das spanische Finanzministerium hat einen weiteren Termin von 6 Monaten gewährt, binnen dessen früher zollfrei eingeführte Warenmuster und Proben aus dem Gebiete der Mittelmächte, die bisher wegen des Kriegszustandes nicht über die Zollgrenze zurückgeschafft werden konnten, wieder auszuführen sind, wenn der Eintritt der Zollpflichtigkeit oder der Verfall der hinterlegten Bürgschaften vermieden werden soll.

H. Bohmert

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Sämtliche Valuten zeigten, teilweise erhebliche, Aufbesserungen.

Kurs der Reichsmark

	17. 9.	18. 9.	19. 9.	20. 9.	22. 9.	23. 9.	gegen Münz- pari am 23. bzw. 22. 9.
Zürich	19,50	20,25	20,50	20,75	25,—	—	—79,25
Amsterdam	9,55	—	10,—	10,15	11,20	10,10	—81,27
Stockholm	13,50	—	15,—	16,50	16,50	18,25	—79,47
Kopenhagen	18,—	—	17,20	17,50	19,75	19,—	—78,62
Kristiania	14,—	15,05	14,—	16,30	17,75	—	—79,91

Kurs der deutsch-österreich. Krone

	17. 9.	18. 9.	19. 9.	20. 9.	22. 9.	23. 9.	gegen Münz- pari am 23. bzw. 22. 9.
Zürich	7,75	7,75	8,—	8,—	9,—	—	—91,44
Amsterdam	3,60	3,91	4,20	4,30	4,25	—	—92,06

Kurs des französischen Franken

	17. 9.	18. 9.	19. 9.	20. 9.	22. 9.	23. 9.	gegen Münz- pari am 23. bzw. 22. 9.
Zürich	61,—	63,25	63,75	63,15	65,—	—	—35,—
Amsterdam	28,875	—	31,05	30,90	30,45	30,50	—36,46
Stockholm	45,50	—	45,50	47,50	46,50	47,—	—34,72
Kopenhagen	50,50	—	51,75	52,—	52,50	53,—	—26,39
Kristiania	46,75	46,75	48,—	48,75	49,25	—	—32,29

Kurs des Pfund Sterling

	17. 9.	18. 9.	19. 9.	20. 9.	22. 9.	23. 9.	gegen Münz- pari am 23. bzw. 22. 9.
Zürich	23,06	22,25	23,26	22,47	23,40	—	—7,21
Amsterdam	11,18	—	11,145	11,18	11,20	10,74	—11,64
Stockholm	16,85	—	16,93	17,10	17,15	17,20	—5,28
Kopenhagen	19,—	—	19,11	19,18	19,27	19,30	—6,28
Kristiania	17,30	17,65	17,85	18,05	18,15	—	—0,06

Kurs des Dollar

	17. 9.	18. 9.	19. 9.	20. 9.	22. 9.	23. 9.	gegen Münz- pari am 23. bzw. 22. 9.
Zürich	555,—	—	560,—	558,50	564,—	—	+ 8,88
Amsterdam	269,25	—	268,75	—	269,—	—	+ 8,23
Stockholm	405,—	—	408,—	410,—	413,—	—	+ 11,22
Kopenhagen	459,50	—	460,—	462,—	465,—	—	+ 24,48
Kristiania	414,—	420,—	428,—	432,—	436,—	—	+ 14,45

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	11. 9.	17. 9.
Alexandrien	97 ¹³ / ₃₂ pari	97 ¹³ / ₃₂ pari
Bomb./Kalk.	1 s 10 d—1 s 10 ¹ / ₁₆ d	1 s 11 ¹ / ₃₂ d
Hongkong	4 s 1 ¹ / ₂ d	4 s 1 d
Shanghai	6 s	6 s
Singapore	2 s 4 ⁵ / ₃₂ d—2 s 4 ⁵ / ₁₆ d	2 s 4 ⁵ / ₃₂ d—2 s 4 ³ / ₈ d
Yokohama	2 s 4 ⁷ / ₈ d—2 s 5 ¹ / ₈ d	2 s 5 d—2 s 5 ¹ / ₄ d
Montevideo T.T.	57 ¹ / ₂ d—58 d	57 ⁵ / ₈ d—57 ⁷ / ₈ d
Rio de Janeiro	14 ⁵ / ₈ d	14 ¹⁹ / ₃₂ d
Bs. Aires T.T.	55 ¹ / ₄ d—55 ³ / ₄ d	55 ³ / ₄ d—56 d
Valparaiso 90 T.	11 ¹ / ₂ d	11 ¹ / ₁₆ d

Geldverfassung und Währungspolitik

Der deutsche Silberrichtpreis für die Woche, die am 22. 9. beginnt, beträgt 1034 pro kg gegen 976 M in der Vorwoche.

Nach der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 705 vom 22. 9. fordern die deutsch-amerikanischen Zeitungen in zahlreichen Bankanzeigen auf, Markvaluta zu kaufen. Das Publikum legt zahlreiche, allerdings kleinere Beträge, in Markwerten an. Derartige Anlagekäufe werden nicht aufgewogen durch Leerverkäufe und Abgaben der Berufsspekulation. Diese ist nämlich nach den Versicherungen des „Journal of Commerce“ sowohl in der Reichsmark wie auch in allen anderen Valuten ziemlich stark nach unten engagiert.

Obost-Geld wird auch in Fällen, in denen 2000 M überschritten werden, eingewechselt, falls nachgewiesen wird, daß es sich um den Gegenwert für nach dem früheren Oberostgebiet exportierte, deutsche Waren handelt. Auch soll jeder, der aus diesem Gebiet nach Deutschland übersiedelt, die für den Erwerb von Liegenschaften oder zu seinem Lebensunterhalt erforderlichen Geldmengen stets umgewechselt erhalten („Deutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 446 vom 13. 9.).

Über das polnische Geldwesen berichtet eine Zuschrift an die „Frankfurter Zeitung“ Nr. 694 vom 18. 9. 19: „Man muß unter den polnischen Zahlungsmitteln drei Sorten unterscheiden: Erstens die alten polnischen Darlehnskassenscheine, die unter unserer Besetzung 1916/17 ausgegeben wurden. Diese stehen am höchsten. Zweitens eine spätere Ausgabe in 500 er Scheinen, die ausgegeben wurden, nachdem wir 1918 das Land verlassen hatten; und drittens die 1919 von den Polen herausgegebenen sog. Kosziusko-Noten, die das Bild des polnischen Freiheitshelden tragen und danach benannt sind. Auch die erste Sorte dieser polnischen Zahlungsmittel hat, obwohl sie am meisten beliebt ist, bereits eine Unterwertung erfahren. Der Kurs war vielleicht Ende August 87, zuletzt waren sie in Berlin mit ca. 85 sehr stark angeboten. Auch in Polen sollen sie ein Disagio von 20 % haben, trotz einer gewissen Beliebtheit, der sie sich deshalb erfreuen, weil manche Leute sich diese Noten aus Spekulationsgründen hingelegt haben. Die 500 er Scheine und die Kosziusko-Noten sind etwa gleich bewertet. Sie waren Ende August vielleicht 90 und sind jetzt mit 80 angeboten. Ein normales Geschäft und eine normale Preisnennung sind kaum möglich. Der ganze Verkehr vollzieht sich auf Umwegen, und es ist für den, der etwa einen Scheck ziehen will, außerordentlich schwer, deutsche Reichsmark zu bekommen. Die Nachfrage nach Markwährung ist aus Polen nach wie vor außerordentlich groß. Polen hat nicht nur selbst Waren hunger, sondern will auch Geschäfte machen mit Rußland und dem Baltikum. Dazu aber braucht es Marknoten, die es aus den früher von uns besetzten Gebieten nicht ad infinitum beziehen kann, oder aber Markguthaben in Deutschland selbst. Das erklärt die Unterwertung der polnischen Mark, für welche die neutralen Länder keine Nehmer sind.“

Die Entwicklung der Silberpreise im Durchschnitt für die Jahre 1865 bis zum heutigen Tage stellt sich nach der „Information“ für die Unze in Franken auf:

1865	61,062	1885	48,025	1901	27,187	1905	27,803
1870	60,562	1890	47,687	1902	24,675	1906	30,875
1875	56,875	1895	29,875	1903	24,75	1907	29,625
1880	52,125	1900	28,250	1904	26,375	1908	24,375

1909	23,—	1912	26,—	1915	23,688	1918	47,562
1910	24,75	1913	27,562	1916	31,123	jetzt	61,—
1911	24,593	1914	25,312	1917	40,875		

Wie stark sich die Nachfrage nach Silber erhöhte, geht auch daraus hervor, daß England, das vor dem Kriege jährlich im Durchschnitt für 17 Mill. £ Silbermünzen prägte, diese Ausprägung auf 31,50 Mill. £ erhöhen mußte. Zurzeit ist eine Studienkommission beauftragt, Maßregeln gegen das ständige Steigen der indischen Rupie zu treffen, die die Gefahr der Unterbindung jeglicher Einfuhr indischer Waren infolge der Verteuerung durch den hohen Stand der indischen Währung in unmittelbare Nähe rückt. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Indo-China, woselbst die französische Regierung den Kurs der Piaster auf 7 fr gegenüber 2,50 fr vor dem Kriege erhöhen mußte. Auch der Dollar von Hongkong stieg auf 3 s 11 d und der Tael von Shanghai auf 6 s. („Frankfurter Zeitung“ Nr. 695 v. 18. 9.)

Die indische Regierung hat sich nach der „Times“ zum Verkauf von mindestens 325 000 Tolas Gold alle 14 Tage bis zum Höchstbetrage von 3 Millionen Pfund Sterling in drei Monaten, die Verkäufe beginnend am 3. 9. 19 zum Preise von mindestens 23,144 Rupie per Tola, entschlossen. (1 Tola gleich ³/₈ Unzen.) Die Goldreserven der indischen Regierung belaufen sich auf etwa 1923 Lakhs = 12 800 000 £ („Wirtschaftliche Nachrichten der Auslandsprese“ Nr. 255).

Das „Board of Trade Journal“ vom 21. 8. 19 schreibt: Seit Aufhebung des amerikanischen Goldausfuhrverbots haben Einfuhren von Gold nach Japan stattgefunden mit dem Ergebnis, daß der Marktpreis für Gold gegen Ende Juni auf 5,40 bis 5,5 Yen per momme herabging. (Ein Goldyen enthält 11¹/₂ grains Gold, 1 momme 57,8 grains Gold, so daß 1 momme normalerweise gleich 5 Yen ist.)

Staatsanleihen

Außer den 40 Mill. fr 4 % Anleihe wird Luxemburg behufs Beschaffung der nötigen Mittel zur endgültigen Erledigung der Umtauschoperationen der Markgelder auf den Inhaber lautende, kurzfristige, verzinsliche Schatzbons zur Ausgabe bringen bis zu einem Betrage von 50 Mill. fr, um welchen der Betrag der ausgegebenen Kassenscheine verringert wird. („Frankfurter Zeitung“ Nr. 672 vom 10. September 1919.)

Der niederländische Finanzminister wurde zur Begebung weiterer 200 Mill. fl Schatzwechsel und 4¹/₂ % Schatzscheine ermächtigt. („Frankfurter Zeitung“ Nr. 702 vom 21. 9.)

Von einem Gesamtbetrag von 100 Mill. \$ amerikanischen Kredits für Belgien werden jetzt 50 Mill. \$ Wechselkredite zu 4⁵/₁₆ % untergebracht. („Frankfurter Zeitung“ Nr. 684 vom 14. 9.)

Von der belgischen 15 Milliarden-Anleihe soll zunächst ein Abschnitt von 3¹/₂ Milliarden ausgegeben werden, dem weitere Abschnitte von 4 bis 4¹/₂ Milliarden folgen. („Frankfurter Zeitung“ Nr. 703 vom 21. 9.)

Die englische Siegesanleihe wird seit dem 15. 9. notiert. Wie erinnerlich handelt es sich hier um eine 4 % Anleihe zu 80 %, die bis 1990 getilgt sein muß. Diese, die sogenannte „Funding Loan“ schwankte an den beiden ersten Tagen zwischen 78 und 78¹/₂ %, also unter Ausgabekurs, während die zu 85 % ausgegebene ab 1920 verlosbare „Victory-Loan“ eine Kleinigkeit über 85 % notiert wurde. („Frankfurter Zeitung“ Nr. 700 vom 20. 9.)

Der türkische Finanzminister gibt die Monatseinnahmen auf 42 Mill. Ltq Papier an, denen 72 Mill. Ausgaben gegenüberstehen, so daß 30 Mill. Ltq als monatliches Defizit entstehen. Die Einnahmen seien sogar unzureichend zur Bestreitung des Aufwandes für die Beamtenbesoldungen. Der Minister hofft auf ausländische Finanzhilfe. („Frankfurter Zeitung“ Nr. 703 vom 21. 9.)

Neugründungen und Kapitalserhöhungen

Aktiengesellschaften

Namen	Ort	Zweck nach Gewerbe- gruppen	Neugrün- dungen in 1000 M in %	Kapitals- erhöhung. in 1000 M in %
Dampfziegelwerke ... Heydekrug	Steine u. Erden	150	100	—
Rethorn, Akt.-Ziegelei	Oldenburg	—	—	200 100
Porzell.-Fbr. Fraureuth	Fraureuth	—	—	75 100
Vogtländ. Metallw. A.-G. Redewisch	Metalle	300	100	—
H. Fuchs, Waggonfabr., A.-G.	Heidelberg	Maschinen	1000	100 —

Masch.- u. Armaturen- fabr., vrm. C. L. Strube	Magdeburg	—	—	300	100
Komm.-Kraftwrk., A. G.	Oppeln	Gas u. Wasser	4691	100	—
Thurings-Gasgesellsch.	Leipzig	—	—	4800	150
Kammg.-Sp. Bietighm.	Bietighm.	Spinnerei	—	—	600 100
Spinnfabrik A. G.	Elsterberg	—	200	110	—
Insterb. Akt.-Spinnerei	Insterb. b.	—	—	273	100
Leipz. Buchbind. A. G.	Leipzig	Papier	—	—	750 100
Niederbayer. Cellulose- werke A. G.	Kehlheim	Holz und Schnitzstoff	300	100	—
Hannov. Gummiwerke	—	—	—	—	—
„Excelsior“, A. G.	Hannover	Gummifabr.	—	—	300 100
Tilsiter Aktienbrauerei	Tilsit	Brauerei	—	—	350 100
Held & Francke, A. G.	Berlin	Bau	—	—	2300 100

C. A. Wagner, Buchdr., A. G.	Freiburg i. Br.	Graphik	300	100	—
Zeller Volksbank	Zell	Bank	—	—	100 130
Allg. Sped.-Ges., A. G.	Duisburg	Verkehr	—	—	1000 100
Gemeinnützige Heim- stätten-A. G.	Altona	Immobilien	200	100	—
Gemeinnützige Heim- stätte, A. G.	München	—	200	100	—
Podbielskistraße-A. G.	Hannover	—	1000	100	—
Bürgerliche Vers.-A. G.	Berlin	Versicherg.	1000	100	—
Halle'sche Rückvers.- A. G.	Halle	—	200	100	—
Nord.Vers.-Bank, A. G.	Hadersleben	—	300	100	—

F. L.

Schiffahrt und Schiffbau

England

Schiffsverkehr und Außenhandel. Bis Ende August, also in acht Monaten betrug nach den Veröffentlichungen des Handelsamtes					
	1919	1918			
die Einfuhr	1 020 149 620 £	871 899 856 £			
die Ausfuhr	557 347 754 „	355 077 086 „			
der Gesamtaußenhandel...	1 577 497 374 £	1 226 976 942 £			
Gleichzeitig betrug der Schiffsverkehr in allen Häfen Großbritanniens in Br. R. T.					
	1919	1918			1917

A) in der Einfahrt

britische Schiffe	13 893 607	12 985 344	12 809 198
fremde Schiffe	4 266 948	2 337 405	3 163 292
Zusammen	18 160 555	15 322 749	15 972 490

B) in der Ausfahrt

britische Schiffe	13 971 947	9 820 037	11 260 181
fremde Schiffe	7 964 663	5 237 760	6 352 899
Zusammen	21 936 610	15 057 797	17 613 080

Hb.

Irland-Amerika. Nach einer Meldung aus Belfast ist dort ein Kapital von 2 Mill. £ aufgebracht worden, womit westirische Kaufmannskreise die baldige Einrichtung eines direkten Dampferdienstes zwischen Galway einerseits und New-York-Boston andererseits beabsichtigen. Die National Development Co. of Ireland, die hinter dem Projekt stehen soll, will noch mehrere Mill. £ für die Hebung der irischen Schiffahrt aufbringen. Hb.

Kohlenverfrachtung nach Nord-Frankreich. Durch eine Verfügung hat sich das Kohlenamt (Coal-Controller) vorbehalten, allen Dampfern von 700 und weniger N.-Rg.-T. die Ausklarierung mit Kohlenladungen nach Nordfrankreich zu verbieten. Diese Maßnahme bezweckt die Bereitstellung weiterer Schiffsräume für den englischen Küstenverkehr zur Entlastung der Bahnen. Da andererseits aber das Schiffsamtsamt (Shipping Controller) vorbehaltlos Lizenzen für die Kohlenfahrt nach Nordfrankreich erteilt, so besteht in den Verfügungen der Regierungsämter ein Widerspruch, der Frachtabschlüsse für kleinere Schiffe unmöglich macht. Hb.

Walliser Bunkerkohlen für Liverpool. Infolge des Bergarbeiterstreiks in Lancashire und Yorkshire mußte Südwalliser Bunkerkohle ersatzweise zur Bunkerung der in Liverpool fahrtbereit liegenden Schiffe herangezogen werden. Die mit diesem Behelf gemachten Erfahrungen scheinen so günstig ausgefallen zu sein, daß sie zur dauernden Verwendung der Südwalliser Bunkerkohle in den Mersey-Häfen geführt haben. Es sind Vorkehrungen getroffen, zunächst jährlich 2 Mill. (also wöchentlich rund 40 000) Tonnen Bunkerkohle aus Südwallis nach Liverpool zu schaffen. Diese von dem Kohlenamt und dem Handelsamt getroffene Maßregel bezweckt die für Bunkierzwecke ohnehin weniger geeigneten Industriekohlen Mittelenglands in größerem Umfange dem örtlichen Bedarf der Fabriken zuzuführen. Die Heranschaffung der Südwalliser Bunkerkohle nach Liverpool, ihre Veräußerung und Verteilung daselbst liegt in den Händen des als Behörde organisierten Mersey Bunker Coal Supplies Committee. Die Schaffung ähnlicher Einrichtungen für Hull, Glasgow und Newcastle ist in Vorbereitung. Hb.

Ein neues Bergungsverfahren, das der Werft von Vickers Ltd. in Barrow-in-Furness patentiert ist, ist durch die Ar-

drossan Salvage Co., Glasgow, nunmehr praktisch an dem versenkten D. „Main“ und, wie es heißt, mit gutem Erfolge erprobt worden. Es handelt sich dabei um die Verwendung von starken Ballonhüllen, welche im entleerten Zustande an dem gesunkenen Schiffskörper befestigt und dann mit Luft gefüllt werden. Bei dem D. „Main“ gelang die Hebung mit zwei Ballons von je 100 Tonnen Wasserverdrängung. Nach den gemachten Erfahrungen rechnet man damit, daß bei Verwendung einer entsprechenden Anzahl Ballons, die man bis zu je 500 Tonnen Wasserverdrängung herstellen zu können glaubt, jedes gesunkene Objekt, das Tauchern zugänglich ist, gehoben werden kann. Hb.

Die neuen Werften am Tees. Auf der neuen Werft von Furness, Withy & Co., Ltd., werden demnächst die ersten sechs Standardschiffe ablaufbereit sein. Die Firma Smith's Dock Co., Ltd., hat 82 acres Gelände erworben, auf dem sie eine neue Werft mit Maschinen- und Kesselabriken errichten will. Die neue Werft von Sir William Gray & Co., Ltd., Seaton, ist so weit fortgeschritten, daß dort mit dem Schiffbau in absehbarer Zeit begonnen werden kann. In Verbindung damit werden Arbeiterwohnungen mit einem Kostenaufwande von ½ Mill. £ aufgeführt. Hb.

Versicherungswesen. (Vgl. W.-D. Nr. 36.) Die Regierung gibt bekannt, daß sie in folgenden Fällen für Cascoschäden bei requiriert gewesenen Schiffen aufkommen würde: a) Schäden verursacht durch Kriegsrisiko; b) Umbauten, die die Regierung für ihre Zwecke mit vornehmen lassen; c) Schäden, verursacht durch den Transport besonderer Warenladungen; d) Ansprüche auf Schadloshaltung bei Schiffen, die Öl laden; e) Ansprüche auf Schadloshaltung bei Schiffen und Schadensfällen, die Bezug haben auf das Zirkular vom 14. März 1918, vorausgesetzt, daß die Reeder alle erforderliche Sorgfalt haben walten lassen. P. W.

Frankreich

Hafenarbeiterstreik. In der Sitzung des Comité de l'Exportation des ports maritimes gab der Vorsitzende bekannt, daß der Hafenarbeiterstreik in Le Havre auf Grund des bestehenden Vertrages beigelegt sei, unter der Bedingung, daß die Bestimmungen vom 15. August rückwirkende Kraft ab 1. August ds. Js. erhielten. Das Comité sieht daher keine Veranlassung zum weiteren Eingreifen, hält es aber für wünschenswert, zur Vermeidung ähnlicher Vorfälle ein paritätisches Schiedsgericht von Arbeitgeber und -nehmern zu schaffen und hat außerdem erneut bei dem Kriegsministerium die Zuweisung von 400 Nordafrikanern erbeten. Es hat die Antwort erhalten, daß die ersten zur Verfügung stehenden afrikanischen Hilfskräfte nach Le Havre überwiesen würden. P. W.

Vereinigte Staaten

Über den Verkauf der amerikanischen Regierungsschiffe hat sich kürzlich der neue Leiter des amerikanischen Schiffsamts Mr. J. B. Paine in einer bemerkenswerten Rede ausgelassen, in der er zugleich einige Richtlinien seiner künftigen Politik gab. Nach der New Yorker „Nautical Gazette“ äußerte er sich etwa, wie folgt: „Nach meinem Dafürhalten muß die Politik der Regierung sich zunächst auf Schaffung und Betrieb einer Handelsmarine von dauerndem Bestande richten. Die Regierung wird nach Durchführung

ihres Schiffbauprogramms mehr als 2000 Schiffe von ca. 141½ Mill. t dw besitzen, von denen die große Mehrzahl erstklassige stählerne Ozeanschiffe sein werden. Diese Schiffe können nicht untätig liegen bleiben, sie müssen in Betrieb gesetzt werden. Bis sie aus dem Eigentum der Regierung in das der Privatreederei übergehen können, wird der Staat ihren Betrieb leiten müssen. Das Schiffsamt wird also genötigt sein, sie in Fahrt zu halten, bis der Präsident und der Kongreß endgültig darüber bestimmt haben, ob sie unter staatlicher Leitung bleiben oder veräußert werden sollen. Ich bin der Ansicht, daß der Betrieb am wirksamsten privaten Konzernen anvertraut werden sollte, außer in den Fällen, wo das Schiffsamt sich aus gewissen Gründen die eigene unmittelbare Leitung vorbehalten muß, wie z. B. für den Zweck der Versorgung Italiens und anderer europäischer Länder mit amerikanischer Kohle. Die Regierung wird die Oberleitung über die Schiffe so lange behalten müssen, bis unsere private Reederei so gewachsen ist, daß sie diese große Flotte zu übernehmen vermag.

Wir werden mit dem Verkauf unserer Schiffe an Private soweit fortfahren, wie Reedereien vorhanden und bereit sind, die Schiffe zu übernehmen. Wir haben jedoch nicht die Absicht, eine Herabsetzung des Verkaufspreises eintreten zu lassen oder den Verkauf in anderer Weise zu stimulieren. Voraussetzung wird sein, daß die Schiffe unter amerikanischer Flagge und ein Teil der amerikanischen Handelsmarine bleiben. Das bezieht sich natürlich nur auf seegehende stählerne Schiffe. Hölzerne oder Kompositischiffe sowie kleinere stählerne Schiffe, wie sie die Werften an den großen Seen bauen, werden wir an jeden, also auch den fremden Reeder, zu angemessenem Preise verkaufen.

Ob der Kongreß mit der Absicht Paines, weder durch Herabsetzung des Kaufpreises, noch durch andere Maßnahmen den Verkauf der Schiffe zu beschleunigen, einverstanden ist, muß nach neueren Meldungen aus Washington bezweifelt werden. Danach soll man vielmehr im Senat wie im Repräsentantenhaus zu der Ansicht neigen, daß der bisherige Verkaufspreis von 200—225 \$ je t dw für die vom Schiffsamt angebotenen stählernen Regierungsdampfer zu hoch sei und daß man, wenn man das Privatkapital in dem erwünschten Umfange zum Kaufe anregen wolle, eine Ermäßigung eintreten lassen müsse. Ein zur Untersuchung der Preisfrage eingesetztes Komitee soll sich für den Preis von 165—175 \$ entschieden haben.

Diese Meldung, die selbstverständlich noch der Bestätigung bedarf, würde vermuten lassen, daß es dem Kongreß mit der Abgabe der auf Staatskosten gebauten Schiffe an Privatreederei mehr eilt, als dem Leiter des Schiffsamts. Ein Vertreter dieser Behörde hat erst kürzlich dem Komitee für die Handelsmarine im Senat dargelegt, daß gegenwärtig auf einen Gewinn in der Schifffahrt keineswegs mit Sicherheit zu rechnen sei, da die beständig wachsenden Lohnforderungen der Seeleute, die Streiks der Hafenarbeiter und die langen Liegezeiten in fremden Häfen infolge Güteranhäufungen oder Verlangsamung des Lösch- und Ladebetriebes jede Rentabilitätsrechnung in Frage stellten. Nach diesem offenen Bekenntnis scheint die unter Leitung des Schiffsamtes fahrende große Handelsflotte bisher nicht gerade sehr erfolgreich gewesen zu sein. Amerikanische Schiffsaltblätter nehmen an, daß die Ertragnisse der Regierungsschiffe in den letzten Monaten nur ungefähr gereicht haben, die Ausgaben zu decken. Daß diese Lage nicht gerade angetan ist, das Privatkapital anzuziehen und den Verkauf der Schiffe zu den früheren hohen Preisen zu fördern, ist unschwer einzusehen. Es wäre also nicht weiter verwunderlich, wenn der Kongreß sich im Sinne der oben erwähnten Meldung entschieden hätte.

Bis zum 7. August dieses Jahres sind von amerikanischen und japanischen Werften an das Schiffsamt abgeliefert worden:

870 stählerne Schiffe v. 5 545 317 t dw	od. 3 696 878 Br. R. T.
342 hölzerne " " 1 215 600 "	810 400 "
15 Komposit- " " 32 500 "	35 000 "
1227 Schiffe von..... 6 813 417 t dw	od. 4 542 278 Br. R. T.

Damit ist indessen nur der kleinere Teil des Bauprogramms erledigt. Eine noch etwas größere Tonnage soll bis Ende nächsten Jahres hinzukommen (außer den beschlagnahmten oder auf Grund der Friedensbedingungen ausgelieferten deutschen Schiffen, die das Schiffsamt gleichfalls übernehmen dürfte.)

Von den bisher an das Schiffsamt abgelieferten Schiffen waren bis zum 14. August dieses Jahres verkauft:

122 stählerne Schiffe v. 465 745 t dw	zu 99 642 060 \$
63 hölzerne " " 246 982 "	" 27 545 680 "
185 Schiffe v. 712 727 t dw	zu 127 187 740 \$

Der Durchschnittspreis für die stählernen Schiffe hat demnach 214 \$ per t dw betragen. Man wird sich dabei erinnern müssen, daß die britischen Handelsschiffe für ungefähr 105 \$ per t dw, also für weniger als die Hälfte veräußert worden sind. Von den verkauften 122 Stahlschiffen sind 100 von der Anderson Overseas Corporation übernommen worden, hinter der angeblich französische und italienische Käufer stehen. Das Schiffsamt bemerkt zu diesem Verkauf, daß es sich um kleinere Schiffe von 3600 t dw und von einem Typ handele, der an den großen Seen gebaut wäre. Von diesen Schiffen, die sich wegen ihrer geringen Größe für den transatlantischen Dienst nicht besonders gut eignen, dagegen beispielsweise zu Kohlentransporten in europäischen Gewässern mit Nutzen verwendet werden könnten, seien mehr gebaut, als der amerikanische Außenhandel brauchen könne. Es sei deshalb notwendig geworden, sie an ausländische Interessenten, insbesondere in alliierten oder befreundeten Ländern abzugeben. Der durchschnittliche Preis habe 210 \$ per t dw betragen.

In Bezug auf die hölzernen Dampfer, die sich bekanntlich wenig bewährt haben, ist zu sagen, daß sie vom Schiffsamt bereits seit längerem zu Kauf angeboten worden sind, ohne jedoch gerade zahlreiche Käufer zu finden. Der letzte größere Erfolg des Schiffsamtes, von dem die Öffentlichkeit erfuhr, war der Verkauf von 20 Holzdampfern mit je 3500 t dw oder 2333 Br. R. T. an die oben erwähnte Anderson Corporation in London, die die Schiffe für die Kohlenfahrt auf französische und italienische Häfen verwenden wollte. Sie erwarb die Dampfer zu einem Durchschnittspreis von 90 \$ per t dw oder ungefähr 300 000 \$ für jedes Schiff. Die vorher verkauften Holzschiffe haben anscheinend einen besseren Preis gebracht, denn der Durchschnittspreis aller bislang verkauften Holzschiffe beträgt 111½ \$.

A. K.

Frachtenkontrolle des Schiffsamtes. Das dem Schiffsamt auf Grund der Kriegsgesetze zustehende Recht, sämtliche Charter- und Frachtraten zu kontrollieren, hat nominell aufgehört, obwohl die betreffende Akte des Kongresses noch in Kraft ist und ihre Gültigkeit erst mit der Friedenserklärung des Präsidenten verliert, falls sie nicht durch besondere Order auf höchstens neun weitere Monate verlängert wird. Für die Charter- und Frachtraten der amerikanischen Reeder ist also jetzt der freie und offene Markt bestimmend. Das heißt allerdings keineswegs, daß das Schiffsamt nicht auch weiterhin noch eine tatsächliche indirekte Kontrolle in sehr beträchtlichem Umfange ausübt. Diese Behörde ist bei weitem der größte Reeder in den Vereinigten Staaten. Dadurch, daß sie ihre Schiffe, deren Raten sie nach eigenem Ermessen festsetzt, auf alle wichtigeren Ozeanrouten sendet, übt sie einen maßgebenden Einfluß sowohl auf die amerikanischen Frachtraten wie auf den Weltfrachtenmarkt überhaupt aus. Der einzelne Reeder ist mehr oder weniger gezwungen, sich in seiner Quotierung den Raten des Schiffsamtes anzupassen, die dadurch gewissermaßen den Charakter von Höchstfrachten erhalten.

A. K.

Amerikanische Truppschiffe. Nachdem jetzt weitaus der größte Teil der amerikanischen Streitkräfte wieder in die Heimat zurückbefördert worden ist, verringert sich die bisher für Transporte im Heeresdienst in Anspruch genommene amerikanische Tonnage sehr schnell. Das War Department hat nach einer neueren Mitteilung bis Mitte August d. Js. eine Räumte von insgesamt 2 976 000 t dw aus dem Heeresdienst entlassen und dem Schiffsamt überwiesen, damit dieses sie den Eigentümern zurückgibt. Es sind jetzt nur noch 903 000 t dw, davon 871 000 t dw Truppschiffe, 6000 t dw Schiffe mit Kühlräumen und 16 000 t dw Frachtschiffe mit Heerestransporten beschäftigt, und auch von ihnen wird der größere Teil nach Beendigung ihrer jetzigen Reise zurückgeliefert werden.

A. K.

Anwendung der amerikanischen Seemannsakte auf fremde Schiffe. Für Reeder, deren Schiffe auf amerikanische Häfen fahren, ist eine Entscheidung beachtenswert, die das U. St. Circuit Court of Appeals kürzlich fällte. Ein zur Besatzung des britischen Dampfers Strathern gehöriger Schiffsmann verlangte nach Ankunft des Schiffes in einem amerikanischen Hafen unter Berufung auf die Bestimmungen der amerikanischen Seamen's Act die Auszahlung der Hälfte seiner bis zu diesem Zeitpunkt verdienten Heuer. Das Gericht entschied,

daß seiner Forderung stattzugeben sei. Der Einwand der Schiffsleitung, daß der Heuervertrag mit dem Manne unter englischer Flagge und nach englischem Recht abgeschlossen sei, wurde abgewiesen und dafür geltend gemacht, daß die Bestimmungen des fremden Rechtes außer Kraft treten, wenn sie mit denen des Platzes, an dem sich Schiff und Mannschaft zur Zeit befinden, also mit dem amerikanischen Recht, im Widerspruch ständen.

Die Entscheidung spricht also klar und deutlich aus, daß die amerikanischen Seemannsakte auch auf die Besatzungen der fremden Schiffe anwendbar ist, so lange sie sich in amerikanischen Häfen und Gewässern aufhalten. Und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Amerika seine Seemannsakte künftig rücksichtslos auf alle fremden Flaggen anwenden wird, um auf diesem Wege die im Interesse einer besseren Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Schiffe erstrebte Gleichheit der Lohnsätze der seemännischen Arbeiter wie auch der sonstigen für die Schiffsbesatzungen in Betracht kommenden Bestimmungen in der Weltschifffahrt herbeizuführen. Das Recht auf Auszahlung des halben Heuerverdienstes leistet der etwaigen Neigung des fremden Schiffsmannes, im amerikanischen Hafen sein Schiff zu verlassen und einen neuen Borddienst zu den dort gültigen höheren Sätzen zu nehmen, Vorschub und wird die ausländischen Reeder allmählich zwingen, auf ihren nach den Vereinigten Staaten fahrenden Schiffen die gleichen Löhne zu zahlen. Dies würde wiederum nicht ohne Einwirkung auf die nach andern Ländern fahrenden Schiffen derselben fremden Flagge bleiben und so bald zu der den Amerikanern erwünschten Gleichheit der Löhne und Arbeitsbedingungen in der Weltschifffahrt führen.

Daß die Bestrebungen der Seeleute in den verschiedenen Ländern das gleiche Ziel haben, braucht kaum besonders hervorgehoben zu werden. Die englischen Heuern haben sich bereits den amerikanischen genähert und auch die allgemeine Einführung des Achtstundenarbeitstages und des Dreiwachensystems zählt zu den Hauptforderungen der englischen Seeleute. Frankreich hat seine Heuersätze beträchtlich erhöht, wenn sie auch zurzeit noch hinter den amerikanischen zurückbleiben. Dafür stehen aber Gesetzesbestimmungen, die den Achtstundentag und das Dreiwachensystem für alle Besatzungen französischer Schiffe einführen, unmittelbar bevor. Norwegen hat ebenso wie Amerika den Achtstundentag und das Dreiwachensystem für seine Schiffsbesatzungen außer dem Deckspersonal in Kraft treten lassen, die Bordanarbeit im Hafen ist auf neun Stunden beschränkt. Auch die Löhne, die früher auf norwegischen Schiffen sehr gering waren, sind jetzt fast ebenso hoch wie die amerikanischen und die Bestimmungen über die Mannschaftszahl usw. der verschiedenen Schiffe verschärfen sich ständig. Diese ganze Entwicklung verringert selbstverständlich den Vorsprung, den die Schifffahrt der genannten Länder vor der amerikanischen bisher besaß. A. K.

Steigende Löhne der amerikanischen Schauerleute (long-shoremen). Der vom Schifffahrtsamt kürzlich herausgegebene Bericht über die Umschlagskosten in den Häfen der Vereinigten Staaten gibt folgenden Überblick über die Entwicklung der durchschnittlichen Stundenlöhne der amerikanischen Schauerleute für das Löschen gewöhnlicher Ladungen während des Krieges:

	Nordatl. Häfen	Südatl. Häfen	Golf-Häfen	Pazifik-Häfen
	\$	\$	\$	\$
Juli 1914	0,292	0,225	0,367	0,513
" 1915	0,297	0,225	0,367	0,513
" 1916	0,355	0,225	0,367	0,525

" 1917	0,380	0,250	0,383	0,663
" 1918	0,510	0,325	0,500	0,800
Dez. 1918	0,650	0,500	0,650	0,800
Steigerung in %	122 1/2 %	122 %	77 %	60 %

Die Löhne der im Lade- und Löschbetrieb der Küstendampfer tätigen Schauerleute zeigen ungefähr die gleiche Bewegung. Sie bleiben im Dezember 1918 hinter den oben angeführten Sätzen in den nordatlantischen und pazifischen Häfen nur um wenige Cents, in den südatlantischen und Golfhäfen um 10–20 Cents zurück.

A. K.

Argentinien

Neue Einwanderungsbestimmungen sind von der argentinischen Regierung den Agenten und Vertretern der fremden Schifffahrtsgesellschaften in argentinischen Häfen bekanntgegeben worden. Sie verfügen, daß die argentinischen Exekutivbehörden jeden Fremden, der von einem ausländischen Gericht wegen Verstoßes gegen das gemeine Recht verurteilt worden ist oder durch sein Verhalten die nationale Sicherheit gefährdet oder die öffentliche Ordnung stört, aus Argentinien ausweisen darf. Ebenso darf die Behörde den Zutritt zum argentinischen Territorium jedem Fremden versagen, dessen Vergangenheit die Annahme rechtfertigt, daß er zu jenen unerwünschten Elementen gehört. Personen, die eines nach argentinischem Gesetz mit Strafe bedrohten Vergehens überführt worden sind, ferner Anarchisten oder andere Störer der staatlichen Sicherheit, endlich Mädchenhändler und sonstige am „weißen Sklavenhandel“ Beteiligte sind gleichfalls von der Einwanderung ausgeschlossen.

Eigentümer, Führer oder Agent eines Schiffes, die wissen, daß solche unerwünschten Einwanderer landen, verfallen einer Strafe von 400–2000 \$ und haben die Kosten der Heimreise der Zurückgewiesenen zu tragen.

Die Bestimmungen sind für Einwanderer aus Europa und den Vereinigten Staaten am 2. September, für Einwanderer aus Brasilien am 2. August in Kraft getreten.

A. K.

Australien

Weitere Abstoßung hölzerner Schiffe. Nachdem erst kürzlich an dieser Stelle von der Abstoßung einer größeren Zahl für die australische Regierung in Amerika gebauter Holzschiffe berichtet wurde, kommt nun aus Sidney die Mitteilung, daß auch die in Australien bestellten Holzdampfer von dem Commonwealth zum größten Teil annulliert worden sind. Von 18 Dampfern von je 2000 Tonnen Tragfähigkeit, die Ende 1917 bei verschiedenen Werften in Sidney zum Preise von 26 £ je Tonne bestellt wurden, sind alle bis auf zwei abbestellt worden. Die für die Aufhebung der Kontrakte seitens der Regierung bezahlte Entschädigung beläuft sich auf rund 160 000 £ oder 5 £ je Tonne.

Hb.

Sonstiges

Schiffe über 20 000 Br. R. T. besitzt die Welthandelsflotte einer amerikanischen Zeitschrift zufolge gegenwärtig noch 18. Davon fahren unter britischer Flagge 9, nämlich Adriatic, Aquitania, Baltic, Belgic, Cedric, Celtic, Mauretania, Imperator (ehemals deutsch) und Olympic. Die Vereinigten Staaten besitzen 5, nämlich Amerika, George Washington, Leviathan (Vaterland), Kaiserin Auguste Victoria, sämtlich ehemals deutsch, und Minnesota. Unter französischer Flagge fahren 2, die France und Paris, unter holländischer und italienischer Flagge je 1, Rotterdam und Giulio Cesare.

A. K.

Getreide und Futtermittel

Halbmonat-Bericht

erstattet von Mitgliedern des „Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse“

Weizen

Vereinigte Staaten. Der am 8. September ausgegebene amtliche Monatsbericht des Ackerbaubüros reduziert nochmals die Ernteschätzung des Sommerweizens auf 208 Mill. bushel (ca. 5,7 Mill. tons), während die Ziffer für den Winterweizen unverändert mit 715 Mill. bushel angegeben wird. Abgesehen von der geringeren Menge werden auch viele Klagen über die Qualität laut. Wenn sich

also die berechtigten Hoffnungen auf eine riesengroße Ernte in den Vereinigten Staaten getäuscht sehen, so liegt trotzdem kein Grund zur Besorgnis in bezug auf die Weltversorgung vor. Man darf nicht außer acht lassen, daß die diesjährige Ernte immer noch größer ist, als die bereits recht große vorjährige, und um rund 200 Mill. bushel (5 1/2 Mill. tons) größer als eine Ernte, die vor 1914 als groß angesprochen wurde.

Die Erntearbeiten dürften inzwischen überall beendet sein. Man hat bereits mit dem Bestellen der Äcker für die neue Ernte unter günstigen Umständen begonnen. Der Abtransport aus dem Innern hält sich jedoch noch immer in bescheidenen Grenzen, da allseitig über Wagenmangel geklagt wird. Die sichtbaren Getreidevorräte werden (in 1000 bushel) wie nachstehend angegeben:

	13. 9. 19	6. 9. 19	14. 9. 18	15. 9. 17	Unterschied gegen Vorwoche
Weizen (Ver. Staat.)	70 125	63 309	67 644	5 760	+ 6 816
„ (Kanada) ..	4 430	2 855	2 586	1 936	+ 1 575
Mais (Ver. Staat.)	1 360	1 333	5 181	1 004	+ 27
Hafer („)	21 023	20 569	24 075	10 818	+ 454
Roggen („)	14 351	13 212	2 145	1 888	+ 1 139
Gerste („)	5 541	6 343	2 030	5 076	— 802

Die Mühlen sind naturgemäß voll beschäftigt. Große Mengen Mehl werden exportiert. In der Woche vom 16. bis 23. August gelangten nicht weniger als 918 000 Sack zur Verladung gegen 413 000 Sack in der Vorwoche und nur 86 000 Sack in der entsprechenden Woche 1918. Fast die Hälfte ging nach Antwerpen. Der Mehlpreis wurde unverändert mit 11,60 \$ für Fancy Patents in Minneapolis gemeldet. Bislang sind die brieflichen Kommentare zu der in unserm letzten Bericht erwähnten Herabsetzung des Mehlpreises noch nicht eingetroffen.

Kanada. Die Nachrichten aus diesem Lande lauten durchaus nicht günstiger. Lt. „Corn Trade News“ v. 23. 8. wird über schwere Regenfälle berichtet, die für die zu dieser Zeit in vollem Gange befindliche Ernte von allergrößtem Schaden gewesen sein dürfte. Man muß daher wohl bei der Schätzung des Exportüberschusses unter 100 Mill. bushel heruntergehen.

Australien. Nach den vorliegenden Nachrichten hat das Weizenkomitee die allergrößten Schwierigkeiten, Schiffsraum zugewiesen zu erhalten, um die großen, nach dem Kontinent und dem Osten verkauften Mengen auch verschiffen zu können. Auf der anderen Seite wird die Verschiffung durch den immer noch nicht beigelegten Hafenarbeiterstreik verzögert.

Briefliche Nachrichten aus Sidney vom 9. 7. berichten, daß die Saaten infolge der großen Trockenheit in New South Wales nicht auflaufen. Sollten noch Regenfälle eintreten, wäre es nötig, die Äcker nochmals nachzusäen, wozu manchem Farmer das nötige Geld fehlen dürfte. Auch aus den übrigen Teilen der Commonwealth kommen weitere Meldungen über allzugroße Trockenheit und ganz unzureichende Regenfälle. Die Aussichten für die kommende Ernte sind daher als recht trübe zu bezeichnen.

Indien. Dagegen lauten die Nachrichten aus Indien recht günstig. Der Monsun hat in allen Teilen des Landes günstig gewirkt und der Regen ist überall reichlich gefallen. Man kann daher wohl damit rechnen, daß dieses Land auf weitere Zufuhren aus Australien nicht angewiesen ist, ja vielleicht eine gewisse Menge zur Ausfuhr nach Europa zur Verfügung stellen kann.

Argentinien. Die Wetterberichte lauten weiter günstig. Die an verschiedenen Tagen gemeldeten Regenfälle sind allen Saaten von großem Nutzen gewesen. Der Markt war rückgängig. Weizen notierte am 11. 9. dort 15,65 Pesos gegen 15,85 am Schlusse unseres vorigen Berichtes, nachdem er in der Zwischenzeit eine Aufbesserung bis zu 16,10 Pesos erfahren hatte. Da Schiffsraum genügend zur Verfügung stand, erhöhte sich die Ausfuhrziffer auf 538 000 quarters gegen 478 000 quarters in der Vorwoche. Die sichtbaren Vorräte wurden auf 65 000 t geschätzt.

England. Starke Regenfälle, die Ende August in verschiedenen Teilen des Landes gefallen sind, habe die Ernte verzögert und die Qualität beeinträchtigt. Der von der Regierung festgesetzte Höchstpreis befriedigt die Erzeuger durchaus nicht, im Vergleich zu den freien Preisen von Gerste und Hafer. Der zur Vermahlung gelangende Weizen wurde in der Qualität infolge der reichlichen Zuteilung seitens der Regierung von australischem und argentinischem Weizen sehr viel besser, jedoch sind die Mühlen nicht bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt, worüber sehr viele Klagen laut wurden. Allgemein wird der Mangel an kanadischem Weizen bedauert. Infolge der durch Streiks erzwungenen höheren Bäckerlöhne wurde der Brotpreis auf 9½ pence für das 4 lb schwere Brot heraufgesetzt. Die Regierung hat sich geweigert, diese Erhöhung zu übernehmen, und so muß

diese Verteuerung des Lebensunterhaltes von den Verbrauchern getragen werden. Der Mehlp reis blieb unverändert.

Frankreich. Ein abschließendes Urteil der „Temps“ v. 3. 9. bezeichnet die diesjährige Weizen ernte als unter mittel und quantitativ sehr viel schlechter als die vorjährige. Dagegen ist sie qualitativ durchaus zufriedenstellend. Es werden daher große Mengen eingeführt werden müssen, und man hofft, daß hierfür der erforderliche Schiffsraum zur Verfügung stehen wird. Die Ablieferungen der Erzeuger zum Höchstpreise lassen sehr viel zu wünschen übrig. Infolgedessen sind die Mühlen von Paris und im Norden ohne Vorräte. Das Ernährungsministerium hat sich daher gezwungen gesehen, große Mengen Mehl zur Verteilung frei zu stellen.

Südosteuropa. Durch das Vorrücken der Denikinschen Armee sind große Strecken des fruchtbarsten Teiles Südrusslands von den Bolschewisten befreit worden. Die „Corn Trade News“ veröffentlichen am 26. 8. den Bericht eines Pressevertreters, wonach das Land überall gut bestellt ist und eine reichliche Ernte trägt, die überall in vollem Gange war. Sollten Odessa und Nicolaieff wirklich endgültig befreit sein, ist wohl mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß größere Mengen Weizen und Gerste zum Export gelangen.

Auch aus Rumänien und Bessarabien lauten die Nachrichten sehr günstig. Auch diese Länder werden zur Weltversorgung wie in früheren Jahren wieder beitragen können.

Roggen

Vereinigte Staaten. Das Ackerbaubüro gibt am 8. 9. das diesjährige Ernteergebnis mit 85 Mill. bushel gegen 89 Mill. bushel im Vorjahre an. Die Preise zogen infolgedessen wieder an. Es wurden am 19. 9. in New York wieder 170 cts gegen 161½ am Schlusse unseres vorigen Berichtes franko Bord New York notiert. Die sichtbaren Vorräte haben beträchtlich zugenommen, während sich der Export nur in bescheidenen Grenzen hielt.

Frankreich. Das Geschäft ist sehr ruhig. Die Käufer sind zurückhaltend, weil sie befürchten, daß die Regierung neue Höchstpreise festsetzen wird, die sich unter den jetzt bezahlten halten werden. Die Notierung lautet auf 59—60 frs je 100 kg.

Mais

Vereinigte Staaten. Günstige Wetter- und Ernteberichte, sowie mangelnde Nachfrage für den Export veranlaßten ein weiteres beträchtliches Zurückgehen der Preise. Am 19. 9. wurden in Chicago für Lokoware 137 cts gegen 160¾ am Schlusse unseres vorigen Berichtes notiert, während spätere Tertime naturgemäß nicht so stark nachließen. Trotzdem ist die Spannung zwischen Lokoware und Dezemberlieferung, für die 123¾ cts notiert wurde, doch so beträchtlich, daß die Südstaaten ihre bereits beendigte Ernte zu den augenblicklichen hohen Preisen nach dem Norden abliefern, um sich ihren Bedarf von dort später zu den billigeren Preisen wiederzuholen. Der amtliche Bericht des Ackerbaubüros v. 8. 9. reduziert den Durchschnittsstand von 81,7 % im Vormonat auf 80 % und schätzt das Ernteergebnis auf 2858 Mill. bushel (ca. 73,1 Mill. t) gegen ein endgültiges Ernteergebnis von 2583 Mill. bushel im Vorjahre.

Argentinien. Die Preise gingen in Buenos Aires um 60 centavos auf 8,65 Pesos zurück mit weiterer Tendenz nach unten. Die Verschiffungen in der am 11. 9. endenden Woche betrugen 239 000 quarter gegen 358 000 in der Vorwoche. Die sichtbaren Vorräte wurden am 11. 9. 100 000 t gegen 120 000 t in der Vorwoche geschätzt.

Rumänien. Die Ernteberichte lauten sehr günstig, so daß mit einer wenn auch beschränkten Ausfuhr aus diesem Lande gerechnet werden kann.

Hafer

Vereinigte Staaten. Der Markt war stetig und die Preise hielten sich auf der gleichen Höhe wie in unserem vorigen Bericht. Bei reger Nachfrage für den Export und beträchtlichen Verschiffungen, namentlich nach England, zeigten die sichtbaren Vorräte nur eine geringe Zunahme.

Argentinien. Die Preise gingen sehr zurück, es wurden dort am 11. 9. lt. Telegramm aus Buenos Aires 8,05 Pesos gegen 9,25 am Schlusse unseres vorigen Berichtes notiert. Zur Verladung gelangten 50 500 quarter gegen 36 000 in der

Vorwoche, während die sichtbaren Vorräte auf ca. 30 000 t geschätzt wurden.

Ölsaaten und Ölkuchen

Vereinigte Staaten. Die Preise für Leinsaat haben ihre Abwärtsbewegung weiter fortgesetzt. Duluth notierte am 19. 9. für Oktoberlieferung nur 463 cts gegen 496 vor 2 Wochen. Die Berichte über die kommende Ernte widersprechen sich vielfach, doch sind sie im allgemeinen nicht günstig. Die Vorräte der alten Ernte dürften im großen und ganzen verbraucht sein, und die Mühlen sind daher auf die Ankünfte vom La Plata angewiesen.

Argentinien. Auch hier fand für Leinsaat eine wesentliche Preisermäßigung statt auf 31,05 Pesos am 11. 9. gegen 34,55 Pesos am Schlusse unseres vorigen Berichtes. Verladen wurden 39 000 t gegen 22 000 t in der Vorwoche bei einem sichtbaren Bestande von 30 000 t. Von der verschifften Menge gelangen 28 000 t nach den Vereinigten Staaten.

Der Ölkuchenmarkt in England war unverändert bei reger Nachfrage zu den festgesetzten Höchstpreisen. Ausländische Ware war kaum angeboten und Vorräte sind nicht vorhanden.

Vermischtes

Die Abyssinian Corporation Ltd. in London, über deren Gründung bereits früher (1919. Seite 305) berichtet wurde, hat laut „Afr. World“ v. 6. 9. 19 Charles Rey als Geschäftsführer in Abessinien gewonnen. Ferner ist von den Athener Firmen John Gerolimato und T. Armanza deren abessinisches Geschäft in Adis Abeba übernommen und so eine Grundlage geschaffen, auf der die neue Gesellschaft weiter arbeiten kann. Diese Firma befaßte sich mit der Ausfuhr von Kaffee, Wachs und Häuten. Die Levant Company Ltd. ist als Vertreter in England bestellt, und deren Direktor trat demgemäß in die Leitung der Abyssinian Corporation ein.

—q—

Über die Geschäftslage in Guatemala entnehmen wir einem Bericht des dortigen spanischen Konsuls, daß der Mangel an Verschiffungsgelegenheit lähmend wirkt. Die United Fruits Company läuft zwar Puerto Barrios an, verfügt aber nur über geringen Frachtraum und nimmt keine Durchfracht über Habana an. Am Stillen Ozean verbindet die Pacific Mail San José mit den Häfen der Westküste Nord- und Südamerikas. Der Kaffeebau ist wegen der hohen Kosten etwas zurückgegangen, ebenso wirkt der Ausfuhrzoll von 1,50 nordamerikanischen Golddollars bei den geringen Preisen hemmend. Die Erzeugung betrug 1917 rd. 800 000 Quintales. Die Produktion von Mais erreichte 10 Mill., Bohnen 110 000, Reis 180 000, Kartoffeln 250 000 und Zucker ungefähr 1 Mill. Quintales. Die Anbaufläche hat zugenommen, wozu die erfolgreiche Bekämpfung des Fiebers durch das Rote Kreuz und das Rockefeller-Institut beigetragen haben soll.

H. B.

Metallarbeiterlöhne in Frankreich. Zwischen dem Arbeitgeberverband der Kesselschmieden, Gießereien und mechanischen Werkstätten in Grenoble und ihren Arbeitern sind folgende Sätze vereinbart: Der Tagelohn für mindestens 18jährige männliche Arbeiter beträgt 12 fr einschl. Teuerungszulagen. An Familienzulagen werden 25 fr monatlich für die Frau — wenn sie nicht arbeiten kann — ebensoviel für das erste Kind und 20 fr monatlich für jedes weitere Kind gewährt.

H. B.

Wiederaufnahme des Schuldendienstes in Mexiko? Die Steuereinnahmen in Mexiko betrugen 1918 151,5 Mill. Pesos. Der bisher höchste Steuertrag belief sich auf rd. 109 Mill. Pesos in 1910. Die für 1919 vorliegenden Angaben lassen für das laufende Jahr ein noch günstigeres Ergebnis erwarten, so daß die Wiederaufnahme des Schuldendienstes — nach einer amtlichen Bekanntmachung — nicht unmöglich erscheint.

H. B.

Der englische Jutemarkt. Herr Carl Trapp schreibt uns: Die Preise für Rohmaterial und Gewebe sind ständig weiter gestiegen. Von Mitte Juli bis Anfang September wurde der Preis für Rohjute von 59 auf 75 £ cif Dundee erhöht. Hessians 10 1/2 oz. 40 in. notierten im Juli 7 1/2 d, heute kostet dieselbe Ware 10 2/4 d bis 10 3/4 d. Der Garnmarkt ist nicht so fest, und wenn auch die Preise seit Juli (6 s 5 d für Common Cops) höher sind, so konnte doch der höchste Stand von 7 s 11 d nicht aufrecht erhalten bleiben, und der Preis ging bei kleinen Umsätzen auf 7 s 8 d zurück.

Die Anbaufläche für Jute in Indien ist in diesem Jahre um rund 10 % größer als im Vorjahr, und zwar ist die vorläufige Schätzung der indischen Regierung wie folgt:

Saison 1919/20	2 749 000 acres
„ 1918/19	2 407 241 „
also eine Vermehrung der Anbaufläche um ...	251 786 „

Der Weltbedarf wird den voraussichtlichen Ertrag von gut 8 Mill. Ballen übersteigen. Die Preisgestaltung läßt sich aber dennoch schwer voraussagen. Wenn auch der Kontinent ohne irgendwelche Vorräte ist und der Calcutta-Bedarf in den Kriegszeiten ständig zugenommen hat, so ist demgegenüber zu berücksichtigen, daß die Calcutta-Fabriken für ca. 6 Monate Vorräte besitzen und auch Dundee reichlich versorgt ist. Der Dundee-Bedarf nimmt aber ab, da die Arbeiter sich nicht bereit finden, zur früheren Arbeitswoche von 55 Stunden zurückzukehren, auch den Vermittlungs-Vorschlag von 48 Stunden ablehnen und auf 40 Stunden mit dem vollen Sonnabend als Feiertag bestehen.

Die Preisentwicklung für den indischen Exporthandel ist aber jetzt von verschiedenen anderen Faktoren abhängig. Der indische Wechselkurs ist in den letzten Monaten bis auf 2 s 7/16 gestiegen, der Frachtraum bleibt andauernd knapp und teuer, und wenn auch die offizielle Rate 150 s je ton ist, so scheint es doch, als ob teilweise höhere Raten bezahlt werden müssen. Die Versorgung Europas wird sich also einstweilen in engen Grenzen bewegen, und die Verkäufer werden nicht ermangeln, hiervon weitgehend Nutzen zu ziehen.

In der Saison vom 1. August 1918 bis 31. Juli 1919 sind 1 230 893 Ballen Rohjute in Dundee eingeführt worden gegen 402 091 Ballen zur selben Zeit im Vorjahr, und vom 1. bis 31. August a. c. trafen 45 993 Ballen gegen 286 548 Ballen zur selben Zeit im Vorjahr ein, während 58 000 Ballen als unterwegs befindlich gemeldet worden sind gegen 172 444 Ballen im Vorjahr.

Der Warenmarkt in Calcutta ist recht leblos, und die Umsätze beschränken sich zunächst auf gesicherte Partien, die unter Marktpreis verkauft werden. Der Preis für 40 in. 10 oz. Hessians ist 80 bis 82 s cif Dundee. Die viertägige Arbeitszeit soll in den indischen Fabriken bis Ende des Jahres fortgesetzt und während der ersten drei Monate im neuen Jahr soll wöchentlich fünf Tage gearbeitet werden.

Der Handel zwischen New York und Dundee ist in weitem Umfange wieder aufgenommen worden, besonders in breiten Linoleum-Hessians.

Deutschland hat die ersten Ankünfte in Rohjute, die direkt in London eingekauft wurde, zu verzeichnen.

Wichtige Neueingänge

einzusehen im Lesezimmer Rothenbaumchaussee 12, geöffnet von 8-4 Uhr

„Banken und Wiederaufbau.“ Das Gutachten des englischen Bankenausschusses. Übertragen und eingeleitet von Hans Hirschstein. Heft 7 der „Tagesfragen der Auslandswirtschaft“, herausgegeben vom Auswärtigen Amt, Berlin, 1919.

Ein nüchternes, von Männern der kaufmännischen Praxis erstattetes Gutachten, das die Faktoren, die die Politik der Banken gegenüber den Fragen der Übergangszeit bestimmen werden, sachgemäß kalkuliert, ohne daraus andere Schlüsse zu ziehen, als daß an den bewährten Grundlagen gesunder Geschäftsabwägung festgehalten werden muß. Ein Musterbeispiel dafür, wie derartige Zukunftsfragen jenseits des Kanals angefaßt werden. Die Übersetzung ist nicht immer flüssig.

H. B.